

Bezugspreis: Für den Monat März 6000 M. voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet sowie Österreich und Luxemburg 7800 M., für das übrige Ausland 8000 M. Postbezugspreis freibleibend. Postbestellungen nehmen an Belgien, Dänemark, England, Estland, Finnland, Frankreich, Holland, Lettland, Luxemburg, Österreich, Schweden, Schweiz, Tschechoslowakei und Ungarn. Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt' der Unterbeilage 'Einigkeit' und der Beilage 'Einigkeit und Ringarten' erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3
Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-293
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 1. März 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3
Postfachkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Diktoria-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstraße 3

Anzeigenpreis:
Die einseitige Nonpareilzeile kostet 1200 M., Reklamzeile 6000 M., 'Kleine Anzeigen' das fertige Wort 375 M. (zuzüglich zwei fertige Wörter), jedes weitere Wort 200 M., Stellungsprobe das erste Wort 200 M., jedes weitere Wort 150 M. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familien-Anzeigen für Abonnenten Seite 390 M.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Ein schwarzer Tag für Bochum.

Bochum, 28. Februar. (Eca.) Unter großem Aufwand von Truppen, Tanks, Panzerautos, Maschinengewehren und Lastwagen wurden kurz nach 6 Uhr heute früh ganze Stadtteile abgesperrt. Die Maßnahme galt der Verhaftung und der Entwaffnung der Schupo. Ein ganz besonders großes Aufgebot sperrte in dem Arbeiterortteil des nördlichen Stadtteiles den die dortige Schupofaserne umgebenden Häuserblock ab. Alle dortigen Straßen waren durch Tanks, Maschinengewehre und Panzerautos 'gesichert'. Selbst auf dem Vorplatz der Redemortistenkirche waren Maschinengewehre und vor dem Waisenhaus mehrere Tanks aufgestellt. Das gleiche Truppenaufgebot war wahrzunehmen in der Gegend der in allen Teilen der Stadt zerstreut liegenden Polizeiteile und in der Hattlinger Straße vor dem Polizeipräsidium.

Sämtliche Reviere und die Schupofaserne wurden aufgehoben.

Alten und Gelder wurden auf bereitstehende Lastwagen geschafft. Die Beamten wurden verhaftet und zur Oberrealschule gebracht. In mehr als 20 Lastwagen wurden die in der Schupofaserne festgenommenen Beamten verladen, nachdem sie vorher auf einem der Kasernen naheliegenden Schulhof Aufstellung nehmen mußten. Auch aus ihren Privatquartieren, die den Franzosen sämtlich bekannt waren, wurden die Beamten herausgeholt. Mehrere gelang es rechtzeitig zu entkommen. Der Mittwoch-Markt auf dem Friedrichsplatz, welcher das Arbeiterortteil des nördlichen Stadtteiles versorgt, war durch diese Aktion lahmgelegt. Durch die Sprengung der Straßen war es vielen Arbeitern und Angestellten unmöglich, ihre Arbeitsstätten aufzusuchen.

Nach geräuschvoller als die Entwaffnung der Schupo vollzog sich die

Beschlagnahme öffentlicher Gelder.

Ganze Häusergebiete wurden von Truppenmassen durch Tanks, Panzerautos und Maschinengewehre umstellt. Es wurden nach einander besetzt: Der Hauptbahnhof Süd, das Zollamt, die Colerick-Einnahmestellen, die Reichsbank, die Hauptpost, die Stadthauptkasse, die Steuerkasse in der Frankgasse und das Finanzamt. Die Privatbanken schlossen ihre Räume gleich nachdem sie Kenntnis von dem Aufmarsch der Franzosen hatten. Sofort wurde offenbar, daß man Geld haben wollte. Einmal war es den Franzosen bekannt, daß heute die Beamten der Privatindustrie entlassen würden. Dann benötigten die Besatzungstruppen zur Lohnzahlung am Donnerstag die notwendigen Gelder. Durch die Besetzung des Bahnhofes war es den Reisenden mehrere Stunden lang nicht möglich, abzufahren. Im Hauptbahnhof wurde die Stationskasse, worin die Kohlegelder für die Beamten und Arbeiter waren, beschlagnahmt, im Hauptpostamt die Schaller-einnahmen im Betrage von neun Millionen Mark. Das Kohlegeld war vorher in Sicherheit gebracht worden, wie auch das gesamte Geld der städtischen Steuerkasse. Bei der städtischen Hauptkasse sollen den Franzosen mehrere Millionen Mark in die Hände gefallen sein. In der Stadt entstand bei Bekanntwerden des Raubzuges eine Panik, weil man glaubte, es wiederholte sich auch hier die Gelsenkirchener Aktion der Beschlagnahme von Brief- und Aktenstücken auf offener Straße. Die gestern im Hause der Maschinenbaufabrik Balke vorgenommenen Verhaftungen von 12 Industriellen und Profuristen sind auf Verrat zurückzuführen. Es wird ein von der Firma Balke vor einiger Zeit entlassener kassensicherer Angestellter damit in Verbindung gebracht.

Essen, 28. Februar. (Eca.) In Redlinghausen wurde heute durch ein starkes französisches Militäraufgebot das Rathaus und die Wache der Schutzpolizei umstellt und die Schupo verhaftet. Die Führer der Schupo wurden im Auto abtransportiert. Das Rathaus ist zurzeit wieder geräumt worden. Ebenso wurde gegen die Schutzpolizei in Herne vorgegangen.

Bochum, 28. Februar. (Mit.) Etwa 70 der in Herne inhaftierten Polizeibeamten sind heute vormittag unter Aufgebot von Tanks und Kanalliere nach Bork an der Lippe gebracht und dort ausgesetzt worden. Die in Redlinghausen inhaftierten Beamten der Schupo, etwa 250 Mann, wurden nach Dissen transportiert und dort ausgesetzt. Die Polizeioffiziere werden noch immer in Redlinghausen gefangengehalten. Die beabsichtigte und angekündigte Ausweisung der Essener Schupobeamten ist dagegen bis heute nachmittags noch nicht erfolgt.

1 Jahr Gefängnis für Oberbürgermeister Baur.

Boisicop, 28. Februar. (BIB) Das Kriegsgericht in Eltertrade verhandelte am 24. d. M. gegen den hiesigen Oberbürgermeister Dr. Baur wegen Nichtlieferung von eingeforderten Betten, wegen Nichterschelnens vor dem Kriegsgericht und weil er beim Verlassen des Rathauses ein Hoch auf das deutsche Vaterland ausgebracht hatte. Der Vertreter der Anklage beantragte insgesamt eine Gefängnisstrafe von acht Tagen, der die Ausweisung hätte folgen sollen. Das Kriegsgericht ging aber über die beantragte Strafe weit hinaus und verurteilte den Oberbürgermeister wegen der ersten Anklage zu drei Monaten, wegen der zweiten ebenfalls zu drei Monaten und wegen des vaterländischen Ausrufes zu sechs Monaten Gefängnis. Insgesamt erhält Dr. Baur damit ein Jahr Gefängnis.

Vandervelde gegen die Ruhraktion.

Bei einer großen Kundgebung der belgischen Arbeiterschaft am vergangenen Sonntag in Charleroi zur Verteidigung des gefährdeten Achtstundentages hielt Genosse Vandervelde eine Rede, in der er u. a. sagte:

Die Ruhrbesetzung sei doch unternommen worden, um produktive Pfänder zu erhalten, um, unter dem Schutz einiger tausend Soldaten, eine Kontrollkommission einzurichten. Diese Kontrolle habe nichts eingebracht; weniger als nichts! Statt 1500 000 Tonnen Kohlen im Dezember, die von Deutschland umsonst geliefert wurden, ist das Ergebnis seitdem 15 000 Tonnen, und zwar besetzt mit den Unterhaltskosten für mehr als 60 000 (112 000 sagt Bonar Sam. Red.) Soldaten! Das befreit man übrigens gar nicht, und man komme wieder auf das Argument zurück, das man schon vorgebracht hat, als man Düsseldorf und Duisburg-Kuhrort besetzte: es handle sich nicht mehr darum, die Ruhr auszubeuten, sondern darum, einen Druck auf Deutschland auszuüben, um es zur Kapitulation zu zwingen.

Vandervelde fuhr fort: Was verlangt Ihr von Deutschland? Etwa 132 Milliarden Goldmark zu zahlen? Es gibt keinen mehr unter den verantwortlichen Männern, der sich einbildet, daß das möglich wäre. Wenn es sich aber darum handelt, zu einem Reparationsplan und zu einer Garantie zu kommen, dann müssen sofort Verhandlungen beginnen, um einerseits das Ruhrgebiet zu räumen und andererseits eine Lösung des Reparationsproblems zu finden und den Eindruck zu verwischen, der sich immer mehr verbreitet, daß

Frankreich andere Ziele verfolgt.

die Zertrümmerung Deutschlands, die Abtrennung der Rheinprovinzen. Den einzigen Weg zur Lösung der Reparationsfrage sieht Vandervelde in dem Vorschlag der französischen, englischen, italienischen, belgischen und deutschen Sozialisten, der vor Jahresfrist in Frankfurt in großen Zügen aufgestellt wurde: die deutsche Schuld auf die Wiedergutmachung zu beschränken; die interalliierten Schulden zu streichen; dadurch eine internationale Anleihe möglich zu machen, die Deutschland übernimmt, um die Reparationen durchzuführen zu können.

Zum Schluß erklärte der Führer der belgischen Sozialdemokratie: Handelt es sich bei dem Vorgehen Frankreichs um eine politische Maßnahme mit dem Hintergedanken, im Ruhrgebiet zu bleiben, oder die Zertrümmerung und Zerstörung Deutschlands zu begünstigen und herbeizuführen, dann unterliegt es keinem Zweifel, daß das gesamte deutsche Volk bis zum Tode Widerstand leistet, wie es bis zum Jahre 1918 das belgische und französische Volk getan hätten.

Kein deutsch-französisches Schiedsgericht.

Eine soeben überreichte deutsche Note an die französische Regierung sagt u. a.:

Die französische Regierung hat die Absicht angekündigt, die deutschen Mitglieder des deutsch-französischen gemischten Schiedsgerichtshofes auf Grund des Versailler Vertrages durch neutrale, vom Völkerbundrat ernannte Schiedsrichter zu ersetzen. Inzwischen hat sie den Völkerbundrat voranläßt, eine Liste von Ersatzrichtern aufzustellen und hat einige dieser Ersatzrichter ersucht, die Stelle der deutschen Richter einzunehmen.

Die deutsche Regierung hat schon am 1. Februar gegen den Versuch, die Zusammenfügung des Schiedsgerichtshofes zu ändern, Einspruch erhoben und dargelegt, daß die Versailler Bestimmungen ein solches Vorgehen nicht rechtfertigen.

Die deutsche Regierung geht deswegen näher auf die Rechtsfrage ein und weist darauf hin, daß man deutschen Richtern nicht zumuten könne, in einem Schiedsgerichtshof mit den Vertretern eines Landes zu sitzen, das deutsche Beamte im Ruhrgebiet mißhandelt und ins Gefängnis wirft, weil sie ihrer Regierung die Treue halten. Dann fährt die Note fort:

Sinn und Zweck der internationalen Schiedssprechung ist es, die Herrschaft des Rechts gegenüber der Gewalt zu beseitigen, das Gefühl der internationalen Gerechtigkeit zu stärken und der Verschönerung unter den Völkern zu dienen. Ein Wirken in diesem Geiste ist aber dem deutsch-französischen Schiedsgerichtshof durch den Einbruch der französischen Truppen in das Ruhrgebiet, die weiteren Gebietsbesetzungen und die sich anschließenden Gewalttaten abgeschnitten.

In einer Frage, wo es sich um die Lebensinteressen Deutschlands und um die wichtigsten Bestimmungen des Versailler Vertrages handelt, macht Frankreich rücksichtslos vom Faustrecht Gebrauch, um seine Auffassung durchzusetzen. Es wäre ein Widerspruch, wenn gleichzeitig in Fragen von untergeordneter Bedeutung werden seine Vertragsrechte durch das Schiedsgericht entschieden werden sollte, weil sich Frankreich in diesem Falle mit den vertragsmäßigen Mitteln begnügen zu können glaubt. Eine Fortsetzung der Schiedstätigkeit unter diesen Umständen würde nicht nur der Rücksicht auf den anderen Vertragsstaat widersprechen, sondern wäre auch mit der Würde der Richter unvereinbar.

Für den beim Schiedsgerichtshof eingetretenen Rechtsstillstand ist die französische Regierung verantwortlich.

Die Note schließt: Für den Fall, daß sich die von Frankreich aus der Liste des Völkerbundrats gewählten neutralen Ersatzrichter gleichwohl einschließen sollten, dem Rufe zu folgen und in den deutsch-französischen Schiedsgerichtshof einzutreten, erklärt die deutsche Regierung hiermit, daß sie den so zusammengefügten Gerichtshof und seine Entscheidungen nicht als rechtmäßig anerkennen wird.

Die Stützung der Mark.

Von Robert Schmidt.

Zu einer sehr ungünstigen Zeit, die einer Aktion zur Stützung der Mark recht zweifelhafte Aussichten gab, ist es dennoch gelungen, einen Erfolg zu erzielen. Was bedeutet dieser Erfolg? Vor allem, daß das Drängen der Sozialdemokratischen Partei, den Kampf gegen die Börse aufzunehmen, nur zu berechtigt war! Leider mußte das Uebel, wie so oft, erst zum Unerträglichen auswachen, ehe die Abwehr einsetzte. Der Dollar mußte erst auf 50 000 getrieben werden, um die Erkenntnis wachzurufen, daß es so nicht weitergehen darf.

Man mußte, daß Devisen zurückgehalten werden, daß unsere Wirtschaft für den niederen Kurs der Mark keine genügende Erklärung bot und hatte immer wieder Bedenken, in den Machtbereich der Börsenspekulation einzugreifen. Man wartete, obwohl mit überlegener Sicherheit jeder in Dollar Engagierte das weitere Fallen der Mark erwartete. So drängte sich Groß und Klein um den Spielplatz, um jeden Sprung des Dollars nach oben mit Freuden zu begrüßen und am Effektenmarkt im wilden Treiben nachzuheulen. Und mit ehrbarer Miene erklärten die 'Sachverständigen', die erfahrenen Jobber: 'Greift nur nicht in diese diffizilen Vorgänge an der Börse ein, ihr könnt nur Schaden anrichten, denn die Freiheit der Wirtschaft darf auch an dieser Stelle nicht beeinträchtigt werden!' Diese Leute verwechseln immer den Schaden der Spekulanten mit dem der deutschen Volkswirtschaft.

Man braucht heute nur der Stimmung dieser Kreise nachzugehen, um sich klar zu werden, daß, wenn der Kampf nicht mit großem Nachdruck geführt wird, die Aktion im Sande verlaufen kann. Gewiß, man hält in der Öffentlichkeit vorläufig zurück mit dem Unmut, der um so lauter und höhniischer in Interessententeilen sich breit macht. Man hofft, daß der Reichsbank der Atem ausgehe und es dann wieder lustig abwärts gehen werde, mehr als je. Deshalb halten die kleinen und die großen Spieler mit ihren Devisen und ausländischen Noten, wenn auch etwas unsicher und angstvoll, zurück, denn der Glaube, daß die Papierflut eingedämmt werden kann, ist noch nicht erschüttert. O, es ist bisher immer so gegangen, weshalb sollte das Glüd ihnen nicht weiter hold sein!

Wenn trotzdem die Abgabe von Devisen und Noten größer ist als nach diesen Reigungen in der Beurteilung der Situation anzunehmen wäre, so gehorcht man mehr dem Zwang als der freien Entschlebung. Nicht alle Unternehmungen sind so kapitalkräftig, um die angelegten Beträge in Devisen und ausländischen Noten festzuhalten. Hält der Kurs der Mark stand, so werden die anderen bald ihren Spieleroptimismus aufgeben müssen.

Unzweifelhaft befinden sich heute viel größere Bestände an Devisen und ausländischen Zahlungsmitteln in deutschen Besitz, als vermutet wird. Vom Ausland sind im vorigen Jahre erhebliche Kapitalien in Deutschland angelegt. Es ist bekannt, daß der städtische Grundbesitz zu nicht geringem Teil in ausländische Hände überging; ebenso sind deutsche Wertpapiere an ausländischen Börsenplätzen stark ausgenommen. Der Kurs der dreiprozentigen Reichsanleihe, der relativ gute Stand der städtischen älteren Anleihen ist nur zu erklären mit der größeren Nachfrage im Ausland. Wahrscheinlich werden bei diesem Aufkauf Papiermarkbestände im Ausland oder Guthaben im Inland Verwendung gefunden haben, aber der Verkauf von Häusern ist vielfach nur in fremder Valuta vollzogen. Alle diese Beträge liegen fest in deutscher Hand, sie kommen nicht an den Markt und bieten keine Erleichterung für die Zahlungsbilanz, solange der Kurs der Mark sinkt. Kommt aber der Glaube ins Wanken, daß die schon jetzt eingetretenen Verluste durch ein abermaliges Sinken der Mark nicht eingebracht werden können, dann werden diese jetzt noch festgehaltenen Werte an den Markt kommen und das Angebot vermehren. Bis dahin muß die Reichsbank aushalten und sie wird es können.

Nun ist nicht zu verkennen, daß dieser Aufkauf von Wertpapieren und städtischem Grundbesitz nicht dauernd anhalten wird und daß diese Wandlung überhaupt ihre sehr bedenklichen Seiten hat, da wir durch den Zinsendienst in mer mehr an das Ausland verschulden. Aber gegenwärtig leben wir von dem eingebrachten Kapital, und daher müßte unter normalen Verhältnissen die Mark sich bessern, sogar für einen längeren Zeitraum, bis das Kapital aufgezehrt ist. Danach müßte also nach Abschluß dieser Periode der Druck wieder um so stärker auftreten.

Solche Schlussfolgerung wäre aber nur dann richtig, wenn wir in diesem Zeitraum unsere Handelsbilanz nicht bessern. Diese Aussicht besteht bei einer Besserung der Mark, nicht aber bei fortgesetztem sinkendem Wert. Unsere Handelsbilanz weist nach der Berechnung des Statistischen Amtes einen Einfuhrüberschuß von rund zwei Milliarden Goldmark auf. Daraus wird nun gefolgert, daß gerade hier die eigentliche Ursache der Markentwertung zu suchen sei und das Wiederaufkommen so wenig Hoffnung verspreche. Daß wir

ine passiv Handelsbilanz haben, wird niemand bestreiten, aber die vom Statistischen Amt errechnete Höhe muß stark angezweifelt werden. Prüft man die Zahlen unserer Ein- und Ausfuhr näher, so ergibt sich bei einer Umrechnung des Defizits in Papiermark — und zwar so, daß das Defizit in jedem Monat nach dem durchschnittlichen Kurs der Mark umgerechnet wird —, daß eine Mehreinfuhr im Betrage von 864 489 Millionen Papiermark im Jahre 1922 zu verzeichnen war. Da, wenn wir die übrigen Verpflichtungen hinzurechnen, die Zahlungsbilanz auf ein Defizit von reichlich über einer Billion anwachsen müßte, so hätten wir einen Ausgleich nur finden können, indem wir diesen Betrag an Papiergeld an das Ausland abgaben. Unser Notenumlauf betrug aber am Ende des Jahres nach dem Ausweis der Reichsbank 1 280 095 Millionen Mark. Mithin müßten nach dieser Berechnung unsere ganzen Noten nach dem Ausland abgefließen sein. Da wir nun aber täglich wahrnehmen können, daß auch noch einige Noten in Deutschland geblieben sind, so kann die Berechnung nicht stimmen. Selbst wenn Warenkredite auf längeres Ziel in Anspruch genommen sind, wäre eine solche Differenz nicht aufzuklären.

Die Handelsbilanz in der Goldumrechnung ist ein interessantes Experiment, volkswirtschaftlich aber unbrauchbar. Ist jedoch das Passivsaldo der Handelsbilanz erheblich geringer als nach dieser Berechnung in die Erscheinung tritt, so würde bei einer Besserung der Mark sich dies in der Handelsbilanz sehr bald vorteilhaft bemerkbar machen. Schon der große Posten der Lebensmitteleinfuhr käme uns erheblich zustatten.

Die Befürchtung, daß unsere Ausfuhr infolge des besseren Standes der Mark unter der schärferen Konkurrenz nicht mehr den Markt behaupten könne, wird stark übertrieben. Für Waren, die zu einem erheblichen Teil aus ausländischen Rohstoffen hergestellt werden, sinkt ganz automatisch der Preis um den geringeren Betrag, der für ausländische Rohstoffe aufgewendet wird. Nehmen wir ein Beispiel aus der Textilindustrie: Die ausländischen Rohstoffe nehmen hier bis zu 60 Proz. des Verkaufspreises ein. Eine Ware, die 100 000 M. kostet, enthält mithin für 60 000 M. Rohstoffe. Sinken diese Rohstoffe um 50 Proz., also auf 30 000 M., die Mark war in den letzten Wochen um 58 Proz. gefallen, so würde der Preis der Ware auf 70 000 M. unter Ausschaltung aller Unternehmungsgewinne herabgesetzt werden können. Dazu käme noch die Spanne, die durch den niederen Arbeitslohn in Deutschland in Ansatz zu bringen wäre, so daß bei einer präzisen Kalkulation noch eine weitere Preisherabsetzung erfolgen könnte. Doch unter diesen Umständen der Export nicht mehr lohnend erscheint, kann niemand im Ernst behaupten. Gewiß kann ein Verlust an lagernden Rohstoffen eintreten. Aber in der Bilanz der Gewerbetreibenden sind die Bestände schon aus Steuerrückichten so gering eingestuft, daß sie wie stille Reserven wirken, und somit der Stoh nach rückwärts aufgefangan wird. Aber was wollen selbst Verluste hier besagen? Stellen wir uns auf den Standpunkt des Wiederbeschaffungspreises, so würde es ja genügen, wenn für den geringeren erzielten Preis die Neuananschaffung der Rohstoffe in gleichem Umfang möglich ist.

Bei kapitalschwachen Unternehmungen, die mit größeren Krediten arbeiten, liegen die Dinge nicht so einfach. Aber solche Firmen werden auch keine erheblichen Lagerbestände haben.

Das Schwergewicht der wirtschaftlichen Störung liegt im Inlande. Die Behinderung im Bezug von Rohstoffen und Kohle aus dem besetzten Gebiet bedroht uns. Wir haben auch damit zu rechnen, daß diese Beengung des Marktes zu Preistreibern führt. Hier gilt es, beizeiten vorbeugen. Hält sich die Mark, so müssen die Preise sinken, vor allem bei Waren, die vom Ausland bezogen sind oder ausländische Rohstoffe enthalten. In Betracht kommen Kaffee, Tee, Schmalz, Margarine, Textilwaren, Metalle usw. Aber auch die Inlandswaren stehen unter diesem Druck. Wenn hier die Preisentfaltung sich nur zögernd auswirkt, so weil die Waren noch teuer eingekauft sind und für viele Waren die

Preisbewegung noch hinter dem Dollarkurs zurückstand. Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei einer schnellen Preisentfaltung wieder ein Käuferstreik einsetzt. Von langer Dauer wird er nicht sein, wenn der Lohn der Arbeiter sich hält und damit die Konsumfähigkeit steigt; an Bedarf fehlt es nicht, da seit vielen Jahren die dringendsten Bedürfnisse in der Familie zurückgestellt wurden.

Ist es nicht bezeichnend für unsere Zustände, daß die Reichsbank die Mahnung an die Privatbanken richten muß, nicht Kredite zu gewähren für Hinterlegung von Devisen und daß bei Nichtbefolgung dieser Anweisung die Reichsbank die den Banken gewährten Kredite kürzen will? Dieselben Leute, die gegen die Kontrolle des Devisenhandels die lebhafteste Opposition erhoben haben, wissen, daß in ihren eigenen Tresors und in denen ihrer Kunden sehr bedeutende Beträge an ausländischen Noten und Devisen liegen, die dem freien Verkehr entzogen werden. Das ist ja eine Erklärung mit für das Sinken der Mark, und keiner von denen, die die Sachwalter dieser verkehrten Finanzwirtschaft sind, ist sich unklar über die Wirkung dieses Treibens. Aber weil man dabei müheles Gewinn auf Gewinn gehäuft hat und vor den Verlusten zittert, die bei einer Besserung der Mark entstehen, muß das Geschäft weiter getrieben werden.

Und ist mit der Mahnung der Reichsbank etwas zu erreichen? Wie will die Reichsbank prüfen, ob die bei ihr diskontierten Wechsel Warenwechsel oder reine Finanzwechsel sind, die Kredite für die Effekten- oder Devisenspekulation enthalten? Die Reichsbank nimmt gegenwärtig 12 Proz. Diskont, die Privatbanken berechnen für gewährte Kredite 50 und mehr Prozent. Ein solches Geschäft ist so verlockend, daß alle anderen Bedenken schweigen. Die Banken werden sich nach wie vor von der Reichsbank zu 12 Proz. Geld beschaffen, um es zu 50 Proz. an ihre Kunden weiter zu geben!

Wer leidet darunter? Vor allem auch der reelle Kaufmann, der für seinen Einkauf Kredite braucht und der wie der Spekulant mit den hohen Zinssätzen belastet wird. Und schließlich muß die Last auf den Verbraucher abgewälzt werden. Man wendet sich heute mit viel Unmut gegen die kleinen Geschäftsleute und wirft ihnen Preiswucher vor. Es gibt solche, die auch Wucher betreiben, aber im allgemeinen ist der Vorwurf gegen das Kleingewerbe unberechtigt. Im Kleinhandel wirkt sich das nur aus, was vom Produzenten und Großhandel, von den Kartellen und Syndikaten, aber viel mehr noch vom Finanzkapital gesündigt wird.

Wir kommen von der Preistreiberi nicht herunter, wenn wir nicht rückwärts gegen diejenigen vorgehen, die das weitere Sinken der Mark durch ihr Verhalten fördern. Nur nicht auf halbem Wege stehen bleiben! Dieser Kampf muß fortgesetzt und der Angriff erweitert werden, denn das Wohl des Landes steht auf dem Spiel. Nur dann wird der Widerstand gegen die französische Invasion gestärkt, wenn das Volk sieht, daß wir auch im Innern keine Herrschaft der Geldmacht dulden. Die Sorge, die uns von außen hereingetragen wird, wollen wir nicht vergrößern durch den Unmut über das Treiben gewissenloser Elemente im eigenen Lande!

Keine Brotpreiserhöhung!

Das Reichsministerium beschäftigte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der Frage der Brotpreiserhöhung und der Erhöhung der Frachten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt. Es wurde aber zum Ausdruck gebracht, daß die Niedrighaltung des Preisniveaus unbedingt notwendig sei und daß die Reichsregierung in jeder Beziehung dazu beitragen müsse. Wie wir hören, ist auch zunächst eine Erhöhung der Eisenbahnfrachten nicht zu erwarten. Die Nachrichten, daß ab 1. März eine Erhöhung geplant sei, ist falsch. Ebenso ist eine Brotpreiserhöhung zurzeit nicht beab-

sichtigt. Es dürfte höchstens eine geringe Korrektur des jetzigen Brotpreises zugestanden werden, falls durch Erhöhung der Löhne oder Vermehrung der Herstellungskosten auch eine geringe Erhöhung des Brotpreises erforderlich sein sollte.

Der Kampf um die Steuern.

Der Steuerauschuß des Reichstags beendigte am Mittwoch die zweite Lesung des Geldwertengesetzes. Auch vor Beginn der Sitzung waren die Differenzen im Zentrum noch nicht beseitigt, und erst nach zweistündiger weiterer Beratung war die rettende Brücke gebaut. Im allgemeinen wurden die Beschlüsse erster Lesung bestätigt. Nur in zwei wichtigen Punkten erfolgten Änderungen: 1. bei Bewertung zur Zwangsanleihe und Vermögenssteuer wird ein Zuschlag von 300 Proz. erhoben, in der ersten Lesung ist ein Zuschlag von 200 Proz. für Wertpapiere und von 100 Proz. für landwirtschaftlichen Grundbesitz beschlossen worden. Dafür wurde aber der Steuertarif noch weiter auseinandergezogen, so daß der Höchststeuersatz von 10 vom Tausend nicht bei Nominalvermögen über 40 Millionen, sondern über 60 Millionen (Regierungsvorlage 20 Millionen) erreicht wird. Die zweite Änderung betrifft die Erhöhung der Verzugszinsen von 10 auf 15 Proz. für den ersten Monat und bei mehr als drei Monaten Rückstand von 20 auf 30 Proz.

Die sozialdemokratischen Anträge zur Bewertungsfrage und zum Zahlungsproblem wurden mit den bürgerlichen Stimmen abgelehnt. Es bleibt ferner bei der Beseitigung der Kundenverzeichnisse und der Aufhebung des Depozitwanges. Eine agitatorische Entschleunigung des Abgeordneten Helfferich, die Regierung zu eruchen, dem Reichstag mit möglicher Beschleunigung ein Gesetz vorzulegen, das die Besteuerung des Einkommens namentlich der Lohn- und Gehaltsempfänger auf eine neue gerechte, der Lage des deutschen Geldwertens entsprechende und die Steuererhebung vereinfachende Grundlage stellt, wurde angenommen. Eine demokratische Entschleunigung, daß die Reichsregierung auf die Länder einwirken solle, daß die Bewertungsgrundsätze in den Steuergrundgesetzen zunächst auch in den Gemeinden und Ländern zur Anwendung gebracht werden, wurde nach Widerspruch durch den Genossen Herz und den Staatssekretär Japs abgelehnt. Es bleibt ferner bei der in erster Lesung beschlossenen Beseitigung der Kapitalertragsteuer.

Diese Beschlüsse des Steuerauschußes ändern nichts an der Unzulänglichkeit der ganzen Vorlage, so daß die Sozialdemokratie ihr ihre Zustimmung nicht geben wird.

Durch die Verzögerung der Arbeiten des Steuerauschußes, die durch die bürgerlichen Parteien verursacht worden ist, ist auch die Verabschiedung der Vorlage im Plenum vor Ende nächster Woche nicht möglich. Das aber bedeutet, daß das Gesetz frühestens Mitte März in Kraft treten kann und die Veranlagung, die ursprünglich im Monat Februar hätte stattfinden müssen, bis in den April hinein ausgedehnt werden muß. Der dadurch verursachte gewaltige Schaden für das Reich ist nur durch die Schuld der bürgerlichen Parteien entstanden.

Die Regierungsbildung in Sachsen.

Leipzig, 28. Februar. (Gca.) Der Landesvorstand der kommunistischen Partei Sachsens nahm Stellung zu den von den Sozialdemokraten aufgestellten Richtlinien für ein Regierungsprogramm. Wie verlautet, hat der Landesvorstand der KPD. als Antwort auf den Brief der Sozialdemokraten ein eigenes Programm als „Diskussionsbasis“ über die Bildung einer Arbeiterregierung in Sachsen beschlossen, das in den nächsten Tagen veröffentlicht werden soll.

Die Wahl des sächsischen Ministerpräsidenten wird auf die Tagesordnung der Landtagsitzung am Dienstag, den 6. März, gesetzt werden.

Zwei Arbeiter.

Von Bruno Frei.

Mein Freund, der Tischlerarbeiter Müller führte mich zu Fauste, seinem Arbeitskollegen.

Fauste ist ein merkwürdiger Mensch; ein echter Querkopf. Er geht seine besonderen Wege und glaubt, weil er sich abhebt, sich auch überheben zu dürfen. Anders sein ist für ihn besser sein und seine eigenen Gedanken sind ihm lieber als die der größten Denker.

Selbstverständlich liest Fauste. Er liest die Dramen der Menschheit aufs neue, aus sich heraus. Er schreibt mit unbeholfener Handschrift diese Bogen Papier voll mit seinen trauen Gedanken, und sein einziger Kummer ist die Unbequemlichkeit der Gesetze der Orthographie, die sich all seinen Verbungen und Bemühungen zum Trotz spröde erweisen.

Fauste verehrt den Kaiser Napoleon, dessen Bilder er fein säuberlich eingerahmt über seine kleine Bettstelle gehängt hat. Gefährlichem Wahn nähert sich die harmlose Lebensläge, wenn er fest daran glaubt, daß es nur an dem teuren Porto liegt, daß sein jüngstes Werk, worin alles steht, was zu des Lebens Werten zu sagen ist, der Nobelpreisjuror vorenthalten bleibt, die nicht zögern würde, ihn sofort als Preissträger zu krönen. Dann hätte alles Glend ein Ende und er könnte sich ein Waldhaus bauen und ein neues, ein „ideales“ Weib nehmen, seine zwei Jungen erziehen und der Menschheit mit edlem Beispielen dienen.

Denn Fauste lebt von dieser Lebensläge. Sie allein befähigt ihn, das Noth dieses Daseins geduldig weiterzutragen. Achtzehn Jahre ist er verheiratet, und diese achtzehn Jahre sind ein einziger Krieg gegen den bösen Willen eines unwissenden Weibes, das nichts versteht von der großen Begabung Faustes, des Volksdichters und Denkers. Er ist friedlich gesinnt und hat deshalb die Scheidungsklage zurückgezogen, aber Ruhe und Frieden ist nicht wieder eingetreten in sein ständes Kellerheim. In dieser trüben, nassen Bude sitzt er bei rauchigem Petroleumlicht und betrachtet seine Schätze, seine Bücher. In einem großen, selbstgezimmernten Regal stehen sie reich an Reih, die einzige Freude seines bekümmerten Herzens. Sie sind mir lieb, weil sie nicht einsinken in den Chor der Unselbstigen, die ihn hänseln und auf ihn loshauen, weil er der friedliebendste und elendste unter allen und zugleich so hoch erhoben ist über alle Kreaturen seiner Umgebung, daß die Verleumdung von ihnen beleidigt zu werden geradezu lächerlich und jedenfalls ungeeignet ist. Zu werden wie ihr, große Denker und Dichter und wie Du, größter von allen, Kaiser der Menschheit. . .

Denn er, Fauste, denkt alles folgerichtig zu Ende und schreibt vor diesem Ergebnis zurück. Er ist bereit, wenn es notwendig ist, Präsident der ganzen Menschheit zu werden, ausgestattet mit der Macht, alle zu beglücken durch sein unerschütterliches System. Er gehört keiner Partei an; er selbst ist seine Partei. Und vor seinen schänden und erhabenen Träumen verankert alles höchste: das ewig lebende Weib, die zwei blauen Jungen, die nur schwarzen Kaffee bekommen, wenn sie zur Arbeit gehen, die feuchte Korkerwohnung, die häßlichen Kollegen — und er steht da auf einem Hügel vor einer großen Menge und ist der Führer, der Umwälzer, der Aufklärer, der Vollenker — Napoleon!

Schaut man näher hin, so entdeckt man hinter aller Bewirrung ein ehrliches Herz, hinter allen Träumen einen klaren Protest, hinter allem Wahn ein vom Glend des Daseins und vom Dasein des Glends gleichermaßen gereinigtes Gemüt.

Fauste, der Lebensläger, der Optimist, der an die Zukunft der Menschheit glaubt, der Eisenbröckler, der nicht Sozialist heißen will, obwohl er mit ganzer Seele und ganzem Leib Sozialist ist, der Romantiker, der Tatsachen nicht zur Kenntnis nimmt, er steht nicht vereinzelt da. Nicht so rein ausgeprägt, nicht so klinsch eindeutig, gibt es in der deutschen Arbeiterbewegung nicht wenige Träumer, die der grausamen Wirklichkeit ausweichen, die Tatsachen in ihrer Art umbiegen, um sich den Schimmer eines romantischen Idealismus zu retten, der für sie lebensnotwendig ist. Dieser Romantizismus ist nur ein anderer Ausdruck für das, was man Gefühlssozialismus nennt, der letzten Endes eine musikalische Angelegenheit ist. Vielleicht ist das Vorhandensein dieser Eisenbröckler als Massenerscheinung die festliche Voraussetzung der Zerspitterung der deutschen Arbeiterbewegung.

Als ich dies alles meinem Freunde, dem Tischlerarbeiter Müller, auseinandersetzte, sagte er in seiner ruhigen Art: „Ich verstehe Fauste vollständig. Man muß sich die Düsternis und Dunkelheit des Daseins erschellen, wenn nicht anders, so eben künstlich. Ich tat das auf meine Weise. Ich war bestrebt, von allem Schönen des Lebens ein Nippelchen für mich zu erhalten. Solange ich hoffen kann, daß es besser wird, solange kann ich leben. Nicht einen Tag länger; folglich darf ich nicht aufhören zu hoffen.“

Und er hat eine schöne Frau und eine liebe Tochter. Er hat nur ein Bett, aber es hat eine himmelblaue Decke, er hat nur ein Zimmer, aber es ist geschmückt mit freundlichen Bildern. Er wandert im Sommer in die Berge, er rudert und schwimmt und klettert er best gute Bücher, statt schlechte zu schreiben, er denkt über alles nach, hier, nächster und früher. Er ist bemüht, sich über alles zu unterrichten, je genauer, desto besser. Wissen will er, nicht „haben“, handeln, nicht in Gefühlen schwelgen. Der Sozialismus ist ihm eine mathematische Angelegenheit und das Margbreiter ein Rechenbuch.

Da wurde mir die Erziehungsaufgabe der sozialistischen Arbeiterbewegung klar: die Aufgabe besteht neben der Erweckung der Gleichgültigen darin, aus den wirrdigen Faustes klarschende Müllers zu machen. Wenn man dann, um nicht zu übertrieben, dem Rechenbuch eine Rollenbelage anhängen wird, werde ich nichts dagegen haben.

Der größte Erfolg der Courths-Mahler.

Frau Courths-Mahler, die weltberühmte Dichterin, die in alle Adelshäuser und Bürgerhäuser und öffentlichen Häuser die Segnungen ihres unsterblichen Talents getragen hat, konnte in Italien einen außerordentlichen Erfolg erringen. Dieser Erfolg ist um so höher einzuschätzen, als Deutschland es dringend notwendig hat, in den Zeiten seiner politischen Not im Ausland geistig anerkannt zu werden. „Schatten“, das rührende und in seiner Seelenreinheit unübertreffliche Trauerspiel der Frau Courths-Mahler, ist von dem ihr fongenialen italienischen Poeten Dario Ricodemi in die Sprache Dantes überfetzt worden. Leider ist diese bemerkenswerte Tatsache

einem leichtfertigen deutschen Schriftsteller unbekannt geblieben, denn er hat das Uebersetzungswort Ricodemi, das nur der Bewunderung für die genialste deutsche Frau entspringt, für ein italienisches Originalwort gehalten und — natürlich unvollkommen — in das Deutsche zurücküberfetzt.

Es handelt sich um ein im allerbesten Kopfsortogenet geschriebenes Trauerspiel. Die treue Gattin wurde plötzlich getödtet. Drei Jahre hatte der Gatte, ein in den vornehmsten Kreisen geschätzter Musiker, seiner an Armen und Weinen unbemessenen Gemahlin die Treue gehalten, bis er eines Tages dem Triebe seines Blutes unterlag und mit einer schönen Sünderin die Treue brach. Diesem leider illegitimen Verhältnis entsprang ein Kind. Als nun die arme Gemahlin durch ein Wunder die Kraft ihrer sehr schönen Gliedmaßen wiedergewann, kam es natürlich zu leidenschaftlichen Ringen der beiden Frauen um den geliebten, charaktersschwachen Mann und mit der Flamme der Sinnlichkeit geschlagenen Mann. Siegerin blieb die einstmalig getödtete Frau, weil sie das größere Herz und die gütigere Verzeihung spenden konnte.

Dieses mit den kostbarsten Werken der Weltliteratur weit-eisende Trauerspiel besitzt Eigenschaften, die seine Aufführung im Theater am Kurfürstendam durchaus rechtfertigte. Denn es entspricht allen Ansprüchen. Normale und sogar Menschen mit Gehirnverwundung können es mit gleichem Genuß ansehen. Am Premierabend stellte sich Frau Lilla Durieux in den Dienst der Wohlthätigkeitskassa, die jetzt zu einer Sache des ganzen Vaterlandes geworden ist. Max Hochdorf.

Nichtkünstler als Kunsthochdirektoren. Die geplante Ernennung zweier Nichtkünstler zu Leitern altangesehener deutscher Kunstschulen, des Bandrats Dr. Schöne für die Düsseldorf-Kunstakademie und des Mannheimer Museumsdirektors Dr. Richter zum Direktor der Frankfurter Kunstunterrichtsanstalten, hat die Frage akut gemacht, ob nicht überhaupt die Leitung unserer großen Kunstschulen durch Künstler eine zweifelsfreie Sache sei. Das ist jedenfalls die Meinung von Professor F. v. Hausmann, dem bekannten Frankfurter Künstler und derzeitigen vorläufigen Leiter der Kunstgewerbeschule in Frankfurt am Main. Wie er im „Kunstblatt“ schreibt, vertritt das durchweg aus ausübenden Künstlern bestehende Lehrerkollegium jener Schule geschlossen die Ansicht, daß nur ein Kenner und Förderer der Kunstinteressen der Leiter einer Kunstschule sein kann, der über einzelnen Richtungen steht, eingeweiht und mitempfindend in den Geist und die Kunstbedürfnisse der Zeit ist. „Wir haben“, so fährt Hausmann fort, „diesen Standpunkt durchgekämpft und die Persönlichkeit Richters freudig begrüßt, als diese für die zukünftige Leitung der zusammenzuführenden Kunstschulen in Frankfurt aufgestellt wurde. Was Richter an sogenannter Schulleitungserschaft abgibt, hat die Lehrerschaft durch praktische Erfahrungen erworben; das Interne dieser Führung obliegt so doch in erster Linie dem einzelnen Leiter der Anstalten. Die gesamte Führung kann kein einzelner Künstler übernehmen, der mitten im eigenen Schaffen steht, ohne drohende Gefahr einer einseitigen künstlerischen Erstarrung der ganzen Schule im Laufe der Jahre. Immer neue Impulse in eine so vielzweigige künstlerische Lehranstalt kann nur derjenige bringen, der über der Kunst und nicht in der Kunst steht.“

Die Schreibweise der „Roten Fahne“.

Nach nur opportunistische Dimonade.

Der Komm. Arbeiterzeitung verdanken wir folgenden Versammlungsbericht aus Fürstenwalde bei Erkner:

Der Referent behandelte die Ruhrbefehung, ihre Auswirkung und die Aufgaben des Proletariats. Dem Referat wurde oft zugestimmt. Trotzdem die Politik der KPD. stark gegiebt wurde, meldete sich niemand von den zahlreich anwesenden KPD-Genossen. Ein Arbeiter meldete sich und sagte, daß er sehr enttäuscht sei über die opportunistische Politik und über die Schreibweise der „Roten Fahne“. Er würde sie aus seinem Hause rauschmeißen, und forderte auch die anderen Genossen dazu auf. Mancher KPD-Genosse sagte nur, daß sie uns näher stehen, wie zu ihrer Politik, nur müßten sie sich noch erst durchbringen. Hoffentlich ist auch in F. das Samentorn für fruchtbringende Arbeit der Revolution gelegt worden.

Das Samentorn für fruchtbringende Arbeit der Revolution betätigt sich also sofort mit dem Rauschmeißen des eigenen Parteiorgans. Das war noch immer die richtige Methode. . . .

Als Sozialdemokrat bei den Bauern.

Künstliche Entrüstung.

Genosse Heinrich Döfler schreibt uns:

Eine Kommission des Brandenburgischen Landbundes, bestehend aus sieben Mitgliedern, befand sich in der Woche vom 11. zum 17. Februar im Ruhrrevier, um sich über die Lage zu unterrichten. Sie hielt zu diesem Zwecke Besprechungen mit dortigen Behörden, mit Arbeiter- und Unternehmerverbänden, mit Betriebsräten unter Teilnahme von Kommunisten ab, besichtigte Hüttenwerke und sah auch auf einigen Bergwerken ein. In den Besprechungen war besonders die Sorge der Mütter und Väter hervorgetreten, daß die heranwachsende Jugend unter dem Druck der Ereignisse wieder wie 1917 zum Hungern gezwungen werden könnte. Um die Besorgnisse zu mildern, erklärte sich die Landbundesvertretung bereit, dahin zu wirken, daß in kürzester Zeit 500 000 Kinder aus dem Ruhrrevier von der deutschen Landwirtschaft für längere Zeit in Pflege genommen würden. Ein dementsprechender Beschluß wurde während der Tagung des Reichslandbundes in Frankfurt am Main gefaßt.

Die brandenburgische Landbundesvertretung hatte bei den Besprechungen im Ruhrrevier die Bitte ausgesprochen, daß in der Versammlung des Märktischen Bauerntages, die am 20. Februar dann auch stattgefunden hat, ein Vertreter der freigeberischen Ruhrbergarbeiter erscheinen möchte, um eine kurze Ansprache an die Versammelten über die Lage im Einbruchgebiet zu halten. Ein bekannter Genosse aus dem Ruhrrevier hatte auch zugesagt, diesem Wunsch zu entsprechen, aber er wurde im letzten Augenblick am Erscheinen in Berlin verhindert, so daß er mich bitten ließ, die gegebene Zusage zu erfüllen. Dem habe ich entsprochen.

Die in der Wahrung von Standesinteressen von den Landbundesmitgliedern vor und nach meiner Ansprache gehaltenen Reden habe ich nicht zu verantworten, denn ich habe sie noch nicht einmal gehört, weil ich nach Erledigung meines Auftrages des Weges ging. Daß meine Darlegungen förmlich einwandfrei waren, beweisen selbst die kommunistischen Zeitungen, denn sie wogen es nicht, sie ihren Lesern zur Kenntnis zu bringen, abgesehen von der „Roten Fahne“, die drei ganze Säge vollständig aus dem Zusammenhang gerissen und sie derart zusammengestellt gebrocht hat, als wären sie zusammenhängend von mir ausgesprochen worden.

Nach meiner kurzen Ansprache nahm die Versammlung folgenden Beschluß an:

„Der Brandenburgische Landbund erklärt sich bereit, von den von dem Reichs-Landbund übernommenen Kindern aus dem Einbruchgebiet bis zu 50 000 in Brandenburg unterzubringen. Er sieht darin eine heilige Pflicht gegenüber unserem Volkstum und Vaterland und beauftragt die Geschäftsführung, die Verteilung auf die Kreisverbände vorzunehmen.“

Kinotheater in amerikanischen Fabriken. In einigen amerikanischen Fabriken sind jetzt in den Räumen, in denen die Arbeiter ihr Frühstück einnehmen, Kinotheater eingerichtet. An der Spitze dieser Bewegung steht eine Bergwerksgenossenschaft, die für ihre zahlreichen Arbeiter und Angestellten gleich neun solcher Kinotheater einrichten ließ. Durch die Vorführung eines Lustspiels oder einer interessanten Filmshow in den Arbeitspausen beabsichtigt man, die Nerven der Angestellten aufzufrischen und Erscheinungen physischer und geistiger Ermüdung zu bannen. Die Zeit vor der Pause verfließt in Erwartung des Filmspiels an Eintrigkeit, und der Arbeiter, der eben ein hübsches Frühstück gegessen hat, wird frisch, stapelt neue Energien auf, geht rüstiger ans neue Werk. Er vergißt des Berges im Betrieb, die Zeit erscheint ihm kürzer. So fördert der oft erprobte Filmzauber letzten Endes die Interessen des Arbeitgebers ebenso wie des Arbeitnehmers — also behauptet die amerikanische Unternehmerpresse.

Raubkrieg gegen den Maulwurf. Aus Kassel wird uns geschrieben: In früherer Zeit wurde gegen die Ausrottung der Bogelweil protestiert, indem ein regelrechter Feldzug der verschiedensten Vereinigungen geführt wurde gegen die Rode der Bogelweil auf den Damenthüden. Nach dem, was jetzt aus landwirtschaftlichen Kreisen über Nachstellungen, denen der Maulwurf ausgeht, bekannt wird, ist es wirklich an der Zeit, gegen die Rode der Maulwurfspitze vorzugehen. Es ist in der Tat kaum glaublich, mit welcher Ruhe und Gelassenheit die Behörden den Fang der Maulwürfe zulassen, auf dessen Richtigkeit für die Landwirtschaft neuerdings immer wieder in den Schützen hingewiesen wird. Es hat sich jetzt eine besondere Junst der Maulwurfjäger gebildet, die meist aus jungen Burschen besteht und deren Mitglieder durch den Verkauf der Helle mühselos einen reichen Gewinn haben. So hat man in dem ländlichen Kreise Frankenberg ausgerechnet, daß allein in der letzten Zeit dort, nachdem im Vorjahre schon der Maulwurfbestand gelichtet worden ist, mindestens achttausend Maulwürfe vernichtet worden sind. Wemhalten hört man jetzt den Ruf nach der Behörde, daß sie dem gefährlichen Raubkrieg ein Ende macht!

Museumführungen. Sonntag, den 4. März, vorm. 9 1/2 Uhr, finden inoffizielle Führungen durch Direktoriumsbeamte im Alten Museum (Griechische Götter und Göttinnen) und im Kaiser-Friedrich-Museum (Wälmische Malerei) statt. Eintrittskarten zu 1 M. und Programme zu 2 M. sind vor Beginn der Führungen am Eingang der genannten Museen erhältlich.

In der Euphorion-Kunstaustellung, Hasanenstr. 85, beginnt am 4. eine neue Ausstellung von Gemälden, Aquarellen und Handzeichnungen von Paul Kleinwächter und neuen graphischen Arbeiten von Gustav Kuba.

Konzert in der Staatsoper. Am Sonntag, den 11. 1/2 Uhr, findet in der Staatsoper eine Aufführung von Hugo Rauns „Requiem“ statt. Es werden mit: Die Berliner Liedertafel und Frau Margarete Kandi-Ober. Der Zweck der Veranstaltung ist die wirtschaftliche Unterstützung der notleidenden Teile der Studentenschaft. Der Kartenverkauf beginnt am 2. in allen besagten Kartenverkaufsstellen.

50 Millionen Ausdecker in der Woche will eine amerikanische Statistik für die Vereinigten Staaten errechnet haben. Die Automobilindustrie verfügt dort über 15 000 Theater, beschäftigt 300 000 Personen und erzielt in den Theatern 600 Millionen Dollar Kasseneinnahmen im letzten Jahre.

Diese Beschlußfassung, dankbar anzuerkennen, ist ein Gebot des Takties, wie überhaupt jede Hilfe dankenswert ist, die den in schwerem aufgezogenen Kampfe stehenden Arbeitern und Beamten an der Ruhr und ihren Familienangehörigen teilhaftig wird. Auch Kinder kommunistischer Eltern werden sich demnächst unter den Pflegslingen befinden. Wenn ihnen der Landaufenthalt wohl bekommt und sie durch die Pflege, geheißen, dann wäre dies für mich die größte Genugtuung, entgegen den wüsten kommunistischen Beschimpfungen, auf die einzugehen ich mir aus Anstandsgründen verjage.

Graf Westarp und der Abwehrkampf.

Aufforderung zum Staatsstreik?

Auf dem Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei hielt Graf Westarp eine Rede, die insofern bemerkenswert ist, als sie zeigt, welche Bewirrung auf deutschnationaler Seite herrscht. Einerseits warnte er vor Illusionen und sprach von Währungsunruhen, Revolution und Bolschewismus, die der Not, dem Hunger und dem Elend folgen könnten; er gab zu, daß es Deutschland in seiner jetzigen Lage unmöglich sei, dem bewaffneten Einmarsch in das Ruhrgebiet mit Waffengewalt zu begegnen, er lobte die Besonnenheit der Bevölkerung an der Ruhr und nannte das die zweckmäßigste Art des Kampfes. Auf der anderen Seite rief er das Volk zur Tat auf, forderte den Ausbruch der diplomatischen Beziehungen zu Frankreich und Belgien (also den offiziellen Kriegszustand), Repressalien gegen die in Deutschland lebenden Franzosen und Belgier und was dergleichen Unbesonnenheiten mehr sind.

Nach dieser verheißungsvollen Einleitung konnte man auf die „Kriegsziele“ des Grafen gespannt sein. Sie blieben denn auch nicht aus. Keine Verhandlungen, bevor nicht das besetzte Gebiet geräumt ist! Nicht nur das Ruhrgebiet, nicht nur Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort, sondern auch das linke Rheinufer! Sollte der Reichstag wie im Juli 1917 umfallen, dann müßte die Regierung Cuno ihren Willen auch gegen den Reichstag durchzuführen. Es könne sonst leicht sein, daß der „Volkswille“ Formen der Erregung annähme, gegen die der Wille des Reichstags verlegen würde. Also die offene Drohung mit der Rebellion! Die Haltung der Sozialdemokratie sei zwiespältig, da in der Masse ihrer Anhänger der Wille bestehe, die Franzosen aus dem Lande zu jagen, die Führer aber daraus Gefahren für den Marxismus und die Lehren des Klassenkampfes fürchteten (1).

Wir halten es nicht für nötig, auf diese verworrenen Angriffe näher einzugehen. Mit einer größeren Unklarheit kann man kaum einer ersten Situation gegenüberstehen. Notwendig ist es hingegen, dafür zu sorgen, daß Gesichtspunkte ähnlicher Art in der entscheidenden Stunde kein Unheil anrichten.

Der Stargarder Attentatsversuch.

Bei dem Attentatsplan auf führende Parteigenossen, die am Sonntag dem Sozialdemokratischen Volkstag in Stargard bewohnten, handelt es sich augenscheinlich um eine Nachahmung des Scheidemann-Attentats auf Wilhelmshöhe, wozu auch das Mittel, eine Schwefelsäurelösung, harmlos ist als die damals verwendete Blausäure. Nur einer der Jünglinge stammt aus Stargard selbst, die anderen drei waren zugereist, und zwar ohne Papiere, so daß die Ausrede des einen, er habe Arbeit gesucht, schon dadurch hinfällig ist. Alle drei, bei denen außer der Schwefelsäurelösung 30 kleine Glasröhren, ein Schlagring und ein Dolchmesser gefunden wurden, stammen aus den westlichen Berliner Bezirken. Der Polizei gaben sie folgende Namen an: Alfred Wels aus Wannsee, Wilhelm Fromme aus Rosowam und Heinicke aus Potsdam. Fromme, der, wie er angab, keinen bestimmten Beruf erlernt hat, sondern in Rosowam sich ohne Stellung herumtrieb, war Mitglied der „Großdeutschen Arbeiterpartei“ gewesen und ist nach deren Auflösung vor vier Wochen zur Deutsch-völkischen „Freiheitspartei“ übergetreten.

Ein angeblicher Mörder verhaftet.

Unwahrscheinliche Selbstbeschuldigung.

Stockholm, 28. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Hier ist der ehemalige deutsche Student Hans Hennig v. Behr, im Zusammenhang mit seiner beabsichtigten Ausweisung verhaftet worden. Er behauptet, daß er an den Attentat auf Scheidemann und Rathenau beteiligt gewesen sei. 1918 habe er zu einem national-völkischen Offizierverband gehört, aus dem sich nachher die Organisation Consul bildete. End. Mai 1922 habe er den Befehl erhalten, ein Attentat auf Rathenau zu verüben und im Juni habe er dieses Attentat zusammen mit Günther, Kern, Tschow und Fischer ausgeführt und sei dann nach seiner Heimat in der Gegend von Göttingen geflohen. Auch den Anschlag auf Scheidemann habe er zusammen mit Dehlschläger mitgemacht; er selbst habe die Blausäure auf ein gefälschtes Rezept in einer Apotheke beschafft. Er sei nach dem zweiten Attentat unter dem falschen Namen Wermte nach Kiel geflohen und von dort mit dem schwedischen Dampfer „Schone“ nach Stockholm gefahren, wo er in verschiedenen Hotels und Pensionen gewohnt und von Freunden in Schweden Unterstützungen erhalten habe.

Die Stockholmer Polizei hat sich wegen dieser, mit ziemlichem Mißtrauen aufzunehmenden Angaben mit den Berliner Behörden in Verbindung gesetzt. Photographie und Fingerabdrücke sind noch zu ermitteln.

Ihr Berichterstatter hatte eine Unterredung mit dem zuständigen Kriminalkommissar, der den Angaben des Verhafteten recht mißtrauisch gegenübersteht, schon auch darum, weil die deutschen Behörden niemals einen solchen oder ähnlichen Namen im Zusammenhang mit den beiden Attentaten genannt haben. Der Kommissar hält es für möglich, daß Hans Hennig v. Behr sich interessant machen oder sich als politischen Verbrecher hinstellen will, um der Ausweisung zu entgehen.

Verschleppung des Beamtenrätegesetzes.

Trotz wiederholter Versuche der Vertreter der Deutschen Volkspartei, die Beratung des Beamtenrätegesetzes unter Hinweis auf die noch ausstehende Stellungnahme der Reichsregierung zu den Schlichtungsausschüssen zu verschleppen, war es den Vertretern unserer Fraktion bisher gelungen, die beabsichtigte Verschleppung zu verhindern.

Zu Beginn der gestrigen Sitzung des 23. Ausschusses wurde vom Abg. Morath (D. Sp.), unterstützt durch Alieffoite (Ztr.), erneut die Vertagung beantragt. Als der Antrag keine Mehrheit fand, machten die Vertreter der Deutschen Volkspartei und des Zentrums den Ausschuß beschlußunfähig, indem sie den Saal verließen. Diese Sabotage der Ausschußberatungen reicht sich den sonstigen Versuchen, die Beamtenräte zu täuschen, würdig an. Die deutsche Beamtenschaft wird sich gegen die Verschleppungsmanöver der bürgerlichen Parteien und gegen die in der zweiten Lesung von diesen Parteien beschlossenen Verschleppungen des Gesetzes mit aller Energie wehren müssen, wenn sie nicht bei Verabschiedung des

Befehles eine neue schwere Enttäuschung erleben will. Der Bürgerblock hält die jetzige politische Situation nicht geeignet, das Beamtenrätegesetz zu verabschieden, er glaubt anscheinend nach Abschluß der Ruhraktion — wenn der Ruhr: keine Schlußigkeit getan hat — über die nur zu berechtigten Forderungen der Beamten, die nur von unserer Fraktion energisch vertreten werden, leichter zur Tagesordnung übergehen zu können.

Wenn das Kabinett bei seiner Stellungnahme zu den Schlichtungsausschüssen, wie es den Anschein hat, nur die Bedürfnisse der Hoheitsverwaltungen zugrunde legt, wie es das preußische Kabinett anscheinend infolge falscher Informationen der maßgebenden Minister über unsere Forderungen tut, so wird das Gesetz für die Beamten der Betriebsverwaltungen und die große Masse der Beamten der Hoheitsverwaltungen völlig wertlos bleiben.

Grey fordert Intervention.

London, 28. Februar. (W.B.) Grey erklärte in einer Rede in Bristol, da eine Intervention im gegenwärtigen Augenblick unmöglich sei, müsse die britische Regierung Frankreich gegenüber ihrer Ansicht Ausdruck geben, daß die Aktion Frankreichs das Problem nicht lösen werde. Die Sicherheit Englands sei mit der Frankreichs verknüpft. Wenn ein Kontinentalblock unter Ausschluß Englands zustande käme, so würde die Lage Englands unbestimmt und gefährlich werden. Deutschland würde auf eine Revision entweder innerhalb oder außerhalb der Gruppe hinarbeiten und es würde Krieg geben. Eine Gewaltaktion wie die augenblickliche werde kein Bargeld von Deutschland erlangen, und der Erfolg einer solchen Politik würde schließlich sein, daß England gezwungen wäre, gemeinsame Sache mit Rußland zu machen.

1 253 000 000 Goldmark an England geleistet.

London, 28. Februar. (W.B.) Der Schatzkanzler teilte dem Unterhaus schriftlich mit: Bis zum 30. April 1922 habe England erhalten: in bar 637 Millionen Goldmark; direkt an das britische Besatzungsheer geleistet worden Papiermark im Werte von 103 Millionen Goldmark. Die Sachleistungen einschließlich Einfuhr nach den Reparationsbedingungen betragen 413 Millionen Goldmark. Dies mache zusammen 1 153 Millionen Goldmark. Zwischen dem 1. Mai 1922 und dem 31. Dezember 1922 sei eine weitere Summe von ungefähr 100 Millionen Goldmark für Abgaben nach den Reparationsbedingungen an Farbstoffen usw. eingegangen.

Die englisch-französischen Verhandlungen.

Paris, 28. Februar. (W.B.) Havas berichtet aus London, der französische Botschafter habe gestern nachmittag beim Foreign Office eine Unterredung über die zwischen den beiden Regierungen schwebenden Fragen namentlich über die türkische und die Remessfrage gehabt. Man dürfe annehmen, daß auch die Befehung des Ruhrgebietes besprochen worden sei. Ein Beschluß sei nicht gefaßt worden, da die englische Regierung noch nicht im Besitz der genauen Berechnungen ihrer Sachverhältnisse über die französischen Transporte durch die Kölner Zone vor dem 11. Januar sei. Man könne jedoch den Augenblick soviel sagen, daß die englische Regierung, wenn sie die französische Regierung wissen ließe, sie könne ihr nicht alle gewünschten Erleichterungen auf den Strecken der englischen Zone bewilligen, wobei ihren Wunsch zu verstehen geben würde, daß die französischen Behörden bei der Veranschlagung ihrer Transportmöglichkeiten auch den Verkehr zu Wasser mit in Rechnung stellen. Diese Veranschlagung sei, soweit bekannt, noch nicht in bestimmter Form erfolgt. Nach gewissen Anzeichen scheint man jedoch englischerseits hinsichtlich der Truppentransporte sich an eine Ziffer von etwa 5000 Mann zu halten.

Hochverratsverfahren gegen Eisenberger. Wegen den bayerischen Landtagsabgeordneten Eisenberger, den verantwortlichen Redakteur der kommunistischen „Roten Bayern-Fahne“, wurde wegen eines in seiner Zeitung erschienenen Artikels des Verfahrens wegen Hochverrats eingeleitet.

Dogtherrns Nachfolger. Die braunschweigische Landesversammlung nahm gestern die Ernennungswahl zum Staatsministerium für den verstorbenen Minister Dogtherr vor. Bei der Stimmzettelwahl erhielt der Abgeordnete Grote wohl (D. Sp.) 24 Stimmen, 19 Stimmzettel waren unbeschrieben. Grotewohl ist somit gewählt.

Das rote Berlin!

Einst war es ein Ehrenname in der sozialistischen Welt. Auch heute noch bilden die Parteigenossen in ganz Deutschland auf ihre Freunde in der Reichshauptstadt, wenn es sich um wichtige politische Entscheidungen handelt.

Aber die Berliner Parteigenossen vergessen nur zu leicht, daß die Mehrheit der Berliner Arbeiter und Angestellten noch immer im Banne der bürgerlichen Sensationspresse steht und daß die Verbreitung des „Vorwärts“ noch immer nicht den politischen Notwendigkeiten entspricht. Im Vergleich mit der Zahl der abgegebenen Wählerstimmen stehen Parteiblätter der Provinz dem Organ der Berliner Parteigenossen weit voran. Soll das so bleiben? Jeder, der dem „Vorwärts“ auch in Berlin eine größere der Partei entsprechende Verbreitung sichern will, wirbt zum 1. März einen neuen Leser für den

„Vorwärts“.

Nachstehender Bestellzettel ist auszufüllen und an die Hauptgeschäftsstelle des „Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, einzusenden. (In Orten außerhalb Groß-Berlins ist der „Vorwärts“ bei der Post zu bestellen.)

Ich abonniere den „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der 14tägig erscheinenden illustrierten Beilage „Siedlung und Kleingarten“ in Groß-Berlin täglich zweimal frei ins Haus.

Name _____

Wohnung: _____

Strasse Nr. _____

vorn — Hof — Quergeb. — Seitenfl. — Tr. links — rechts

bei _____

Gewerkschaftsbewegung

Veraltete Methoden.

Die Mechanische Weberei und Spinnerei Gebr. Burkhart, Pfullingen, Württemberg, hat als Betriebsleiter einen früheren Angestellten des Textiltechnikums in Reutlingen namens Tönnies eingestellt, der anscheinend bemüht ist, das alte patriarchalische Arbeitsverhältnis in moderner Aufmachung wieder aufleben zu lassen. Ein Betriebsangehöriger gibt von der Wirksamkeit des Betriebsleiters folgendes Bild:

„Seit L. hier ist, ist in der Fabrik eine Sklaverei, wie noch nie zuvor; trotz der schlechten Zeiten, die die Arbeiter durchkämpfen müssen, frast L. die Arbeiter und Arbeiterinnen um 100 und 120 M. ohne den Beweis für ihr Vergehen beständigen zu können. Die Meister gelten überhaupt nichts mehr, wenn ein Meister etwas sagen will wegen der Ungerechtigkeit, dann schreit er über sie hinein: Halten Sie Ihr Maul, ich will nichts wissen von Ihnen.“

Was uns hier jedoch interessiert, ist ein Flugblatt der Spinnereiabteilung Unterhausen der Firma:

„An unsere Arbeiterschaft!“

Der Deutsche Textilarbeiterverband gibt sich die größte Mühe, unseren Arbeitern von neuem Geld abzunehmen.

Wir wollen von vornherein feststellen, daß es uns gleichgültig ist, ob die Arbeiterschaft einer anderen Firma vom Textilarbeiterverband ausgenutzt wird. Unseren Arbeitern aber, deren Wohl uns am Herzen liegt, wollen wir zurufen:

Habt ihr jemals von dem Geld, das ihr den Sekretären opfern müßt, etwas wiedergegesehen? . . .

Wir aber raten euch: Legt das Geld an, das ihr dem Verband sonst auf Rimmerwiedersehen gebt. Kauft euch Waren dafür.

Frägt Arbeiter anderer Betriebe, die nur die halbe Zeit arbeiten, ob sie denn jetzt vom Verband Unterstützung bekämen. In solchen Fällen hat der Verband nie Geld.

Wir weisen darauf hin, daß die Arbeiterschaft keiner Firma in solchen Mengen Stoffe und Kohlen zu solchen billigen Preisen bekommen hat wie die unfreie. Wir werden auch alles daran setzen, möglichst allen unseren Arbeitern von dem Anzugstoff zu kommen zu lassen. . . .

Wenn ihr aber glaubt, ihr bekommt von eurem Verband mehr Stoff, mehr Kohlen, mehr Prämie, so zahlt ihr euren Tribut, dann habt ihr wieder den Unfrieden in der Fabrik, und wir werden aus dem Unbnd unsere Konsequenzen ziehen.

Wir dulden nicht, daß auf unsere Arbeiter ein Zwang ausgeübt wird, dem Verband beizutreten. Wir werden jeden, der dies wagt, fristlos entlassen. Ob ihr euer Geld eurem Freund Sigmund, Hader oder einem anderen gebt, sie alle leben von eurem Gelde.

Wir meinen es herzlich gut mit euch, und deshalb bekommt ihr mehr als andere. Wir werden jederzeit den tarifmäßigen Lohn bezahlen. Im Gegenteil, wir bezahlen durch die Prämien sogar mehr, aber das eine sagen wir, wer in den Verband geht, der soll sich vom Verband den Stoff geben lassen.

Unterhausen, den 16. Februar 1923.

Gebr. Burkhart.

So wird auf alle mögliche Art und Weise immer wieder versucht, die Arbeiterschaft ihrer einzigen Stütze, die ihnen die Organisation bietet, zu berauben. Sie mit „Zuckerbrot“ zu ködern, um hinterher, wenn sie erst wehrlos und zersplittert ist, die Peitsche rücksichtsloser Ausbeutung über sie zu schwingen. Einen tarifmäßigen Lohn kann es doch nur solange geben, solange eine Arbeiterorganisation besteht.

Werden außer den Arbeitern auch die Arbeiterinnen bis in die abgelegensten Industriorte gründlich aufgefächert, dann wird das Unternehmertum endlich seine Bekämpfung der Organisation als nutzlos aufgeben, sei es nach patriarchalischer oder nach neuzeitlicher Methode.

Zum Konflikt in der Metallindustrie.

Wie wir erfahren, finden in dem Konflikt in der Berliner Metallindustrie am Sonnabend im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen statt zwischen den Vertretern des Verbandes Berliner Metallindustrieller und des Deutschen Metallarbeiterverbandes. Von dem Ausgang dieser Verhandlungen wird es abhängen, ob es in der Metallindustrie zu einem schweren Kampfe kommt. Es barren die Unternehmer auf dem Standpunkt, daß durch die Vereinbarungen, die bis zum 12. Februar in Kraft traten, die Feuerung, die im Herbst des Vorjahres einsetzte und bis Anfang Februar mit steigender Gewalt andauerte, als abgegolten zu betrachten ist, dann dürfte ein Kampf nicht zu vermeiden sein.

Die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie.

Die gegenwärtige schwierige Wirtschaftslage lastet ganz besonders auf der Tabakindustrie. Ihre Arbeiter und Arbeiterinnen befinden sich in einer verzweifelten Lage, da die Kurzarbeit und die Arbeitslosigkeit einen nie geahnten Umfang angenommen haben. In der Zeit vom Juli 1922 bis Januar 1923 stieg der Prozentfuß der Arbeitslosen, berechnet auf je 100 Mitglieder des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, von 2,58 auf 23,99, der der Kurzarbeiter von 4,70 auf 44,97, so daß von je 100 Mitgliedern des Verbandes im Januar d. J. 68,96 Proz. entweder nur beschränkt oder überhaupt nicht arbeiten konnten. Gegenüber dem Juli 1922 bedeutet das eine Steigerung von 61,68. Die Ursachen dieser riesigen Arbeitslosigkeit liegen zum Teil in der starken Belastung der Tabake und der Tabakfabrikate durch Zölle und Steuern, zum andern in dem durch die schlechte wirtschaftliche Lage hervorgerufenen Rückgang des Konsums. Das Tabaksteuergesetz schreibt in Vorauflage der durch seine Wirksamkeit entstehenden Arbeitslosigkeit vor, daß die mehr als ein Jahr im Tabakgewerbe beschäftigten Arbeitnehmer, die nachweisbar infolge des Gesetzes innerhalb der nächsten drei Jahre nach seinem Inkrafttreten arbeitslos oder sonst irgendwie geschädigt werden, Unterstützungen bis zu einem Jahre aus der Reichskasse erhalten. Im Falle der Arbeitslosigkeit darf die Unterstützung nicht weniger als drei Viertel des verlorenen Arbeitseinkommens betragen. Das Gesetz ist am 1. April 1920 in Kraft getreten, so daß der Anspruch auf Unterstützung nur noch für diejenigen besteht, die bis zum 31. März d. J. arbeitslos oder sonst geschädigt wurden und noch nicht bis zu einem Jahre Unterstützung erhalten haben. Um eine weitere Verelendung der Tabakarbeiter zu verhindern, muß also eine Änderung des § 91 herbeigeführt werden, der die Unterstützungsdauer dieses Paragraphen auf vier Jahre ausdehnt und die Unterstützung nicht ein, sondern zwei Jahre gezahlt werden. Außerdem aber wäre zu erwägen, ob nicht durch ein anderes Tabaksteuersystem die Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie eingeschränkt werden kann.

Preise und Löhne.

Am 1. März beginnen neue Verhandlungen über die Festlegung des Mindestpreises. Die Unternehmer fordern einen einheitlichen Preis für ihre Produkte, während sie sich mit Entschiedenheit dagegen wehren, auch einen einheitlichen Lohn zu zahlen. In der Zuckerindustrie differenziert die Löhne im Februar um 500 M. in der untersten bis zu 1000 M. in der obersten Lohngruppe. Mit aller Entschiedenheit wehrt sich die Industrie dagegen, aber die am selben Ort in anderen Industrien gezahlten Löhne hinauszuweisen, sie lehnt teilweise eine Angleichung der Löhne an die der übrigen ab. Die Arbeitnehmer der Zuckerindustrie stehen pro Stunde durchschnittlich um 300 M. hinter den Löhnen der übrigen Arbeitnehmer zurück. Es wäre interessant, einmal zu hören, welche Lohnsätze die Unternehmer bei den neuen Preisverhandlungen in Rechnung stellen.

Reichstarif der Bautechniker.

Die Hochgruppe Hoch- und Tiefbau des Bundes der technischen Angestellten hielt am Dienstag im „Norddeutschen Hof“ eine gutbesuchte Versammlung ab, in der Techniker Schutz über die Verhandlungen zum Abschluß eines neuen Reichstarifvertrages berichtete. Der neue Vertrag soll einheitlich für Hoch-, Beton- und Tiefbau abgeschlossen werden. Der von den Arbeitgebern vorgelegte Entwurf bedeutet in einigen Punkten eine Verschlechterung des alten Tarifvertrages. Zu den Verhandlungen wurde auch der Verband deutscher Techniker, der mit dem Deutschnationales Handlungsgehilfenverband eng verknüpft ist, hinzugezogen. Wir leuchten — so hob der Redner hervor — zunächst die Verhandlungen in Gemeinschaft mit diesem Verbande ab, es würden dann aber Vereinbarungen getroffen, die uns die Teilnahme ermöglichen. Hinsichtlich der Arbeitszeit wird im § 2 gefordert, daß diese 48 Stunden wöchentlich betragen soll, bei durchgehender Arbeitszeit 45 Stunden, doch ist ein Zusatz eingefügt, nach dem bei einer anderen nesehlichen Regelung der Arbeitszeit auf Verlangen einer der Parteien neue Verhandlungen über die Dauer der Arbeitszeit erfolgen sollen. Die Arbeitgeber bürtien zu dieser Einfügung durch die Verhandlungen im Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ermächtigt worden sein. Für Sonnabends und die Tage vor Weihnachten und Neujahr ist eine kürzere Arbeitszeit vorgesehen. Für Überstunden, Nacht- und Sonntagsarbeit ist es bei den Bestimmungen des früheren Tarifs verblieben. Bei der Gehaltszahlung in den Bezirken soll auf den Familienstand Rücksicht genommen werden. Das würde, wie der Redner hervorhob, eine soziale Zulage bedeuten, die sich aber unter gewissen Verhältnissen sehr unsozial auswirken könnte. Behränge werden durch den Tarifvertrag nicht erkaht. Der Redner geht dann auf die Gehaltsfrage näher ein und bemerkt dazu, daß die Arbeitgeber schließlich einwilligten, eine besondere Bauzulage zu gewähren, auch den Urlaub für die Großstädte etwas zu verbessern. Für die Kündigung gelten die gesetzlichen Bestimmungen, 6 Wochen zum Vierteljahres-schluß. Der Vertrag soll vom 1. April 1923 bis zum 30. Juni 1924 gelten. Sämtliche Parteien, also auch die Arbeitgeber, haben sich verpflichtet, die Allgemeinverbindlichkeit zu beantragen.

Nach längerer Diskussion stimmte die Versammlung dem Tarifvertrage zu.

Hierauf berichtete Schulz über die Gehaltsregelung für Februar, die vorläufig nur für das Hochbaugewerbe zustande gekommen ist. Es wurde folgende Verständigung erreicht: Gruppen 1a und b erhalten eine Zulage in Höhe von 85, 1c von 90 und 1d von 100 Proz.; Gruppe 2 90, Gruppe 3 95 und Gruppe 4 100 Proz. Für die kaufmännischen Angestellten ist eine Verständigung mit den Arbeitgebern nicht zustande gekommen. Der Verhandlungskommission war es nicht möglich, mehr zu erreichen. Obgleich die Zulagen nicht als befriedigend angesehen werden können, glaube die Kommission, nach reiflicher Überlegung die Annahme empfehlen zu können. Bei der Abstimmung wurden die Vereinbarungen angenommen.

Betriebsräte im Handwerk.

Ueber die Erfahrung mit Betriebsräten im Handwerk gab die Handwerkskammer Hannover folgenden Bericht, der die Auffassungen reaktionärer Innungs- und Innungsoberrmeister vorzüglich illustriert:

„Die Betriebsräte haben im Handwerk nicht die Bedeutung wie in der Industrie; jedenfalls ist die Zahl der unter das Betriebsrätegesetz fallenden Handwerksbetriebe gering. Im allgemeinen wird uns berichtet, daß das Handwerk keine guten Erfahrungen mit den Betriebsräten gemacht hat. Die Betriebsräte sehen nach den eingehenden Berichten hauptsächlich ihre Aufgabe darin, in wirtschaftlicher Hinsicht für ihre Kollegen so viel als möglich von den Arbeitgebern herauszuholen, wobei es den Betriebsräten ganz gleichgültig ist, ob hierdurch die Rentabilität des Betriebes leidet oder nicht. Bezüglich der Steigerung des Ertrages der Arbeit durch die Betriebsräte wird übereinstimmend berichtet, daß die Betriebsräte in diesem Punkte so gut wie gar nichts geleistet hätten und auch nicht leisten könnten, da deren Arbeitskollegen stets ablehnen, „für das Kapital noch mehr“ herauszuarbeiten. Gänzlich verfehlt ist nach Ansicht der Meister, den Betriebsräten eine Einsichtnahme in die Bilanz zu gewähren. Dazu fehlte den Betriebsräten jede Fähigkeit, ein Urteil fällen zu können. Lediglich bei der Einstellung und Entlassung von Arbeitern hat man im Handwerk mit den Betriebsräten einige gute Erfahrungen gemacht.“

Recht unvorsichtig ist die Bemerkung bezüglich der Bilanzfähigkeit. Es gibt sehr viele und dabei sonst recht tüchtige Unternehmer im Handwerk, denen alles, was mit Bilanz zusammenhängt, ein Buch mit sieben Siegeln ist. Wenn der Betrieb es erlaubt, kaufmännisches Personal anzustellen, das die Buchführung besorgt, so ist es nicht das persönliche Verdienst der Leute, die den Arbeitern jede Fähigkeit auf diesem Gebiete absprechen, wenn eine regelrechte Bilanz vorgelegt werden kann. Daß die Herren sich nicht gern hineinsehen lassen, ist wohl begreiflich und ihr Urteil in diesem Punkte daher leicht erklärlich.

Graphisches Gewerbe. Heute nachmittags 3 Uhr in den Ozeanien-Alten, Ozeanienstr. 180, Versammlung aller GGD-Betriebsräte und Vertrauensleute. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekanntgegeben. Strenge Sozialkontrolle. Ohne Funktionärswahl und Parteimitgliedschaft keinen Einlaß. Persönliches und politisches Erörtern erachtet der Aktionsausschuß für das graphische Gewerbe. Im Auftrage: Otto Fiedler.

GGD-Gewerbeteller. Heute 4 1/2 Uhr, gleich nach Feierabend, Sitzung des erweiterten Werksausschusses bei Krüger, Engelstr. 23.

Generalverband der Bäcker und Konditoren. Heute abend 7 Uhr im Lehrerzweckhaus Bäcker-Versammlung. Tagesordnung: Ist der Sonntag unter Arbeitstag?

Deutscher Zigarbeiterverband. Am Freitag abend 8 1/2 Uhr in den Refektorien, Sanderstr. 21, Versammlung der Domänen- und Rasenstraßenbranche.

Verantwortlich für den redboll. Teil: Sieber Schiff, Berlin; für Anzeigen: Th. Glöck, Berlin. Verlag Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Reichsdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenstr. 3. Ottra 1. Blatt.

DUNLOP

Gummibereifung

Die Weltmarke bürgt für Qualität!

Billige Preise für Frühjahrskleidung

Schlüpfer aus hellmelliertem Homespun Mk. 55 000	Jackett-Anzüge aus halbbaren Stoffen, in mittleren und dunklen Farben von Mk. 75 000	Herren-Hosen aus halbbaren lammergeart. Stoffen 18 000, 15 000, 12 000
Schlüpfer aus Orfèen, Diagonal- u. kariert. Stoffen in vielen schönen Farbestellungen Mk. 100 000 75 000	Jackett-Anzüge aus blauem Cheviot und farbig gemusterten Stoffen, in sehr guter Verarbeitung von Mk. 120 000	Herren-Hosen aus gestreiften Kammergearteten besserer Qualität bis zu den besten Maßstoffen von Mk. 22 000
Schlüpfer aus sehr guten Stoffen, Ersatz I. Maß, moderner Verarb. v. Mk. 135 000	Jackett-Anzüge Ersatz für Maß, aus besten hellen und mittleren Stoffen, prima Verarbeitung von Mk. 200 000	Sport-Hosen a. Manchester, Homespun u. and. sehr gut. Stoff v. Mk. 25 000
Biedermeier-Paletots a. farbigen Diagonal- u. Homespun, Mk. 150 000, 120 000, 90 000	Sport-Anzüge aus gutem Manchester, bestehend aus Faltenjoppe und Breckchuhose Mk. 100 000	Jünglings-Anzüge Or. 38-44, Jackett- und Sportform, in allen Qual. u. Farbestellung, beginnend mit Mk. 60 000
Ulster moderner verarbeitet, mit Rückenfalten u. Gurt, aus guten u. besten Stoffen von 150 000	Sport-Anzüge mit Breckchuhose aus Homespun, Loden und farbigen Cheviot, in den neuesten Farbestellungen von Mk. 90 000	Burschen-Anzüge Or. 7-12, in Sport- und Jackettform, aus guten Stoffen jeglicher Art, beginnend mit Mk. 45 000
Paletots aus marengo Cheviot Mk. 75 000	Loden-Mäntel für Damen und Herren, aus witterfestem Strichloden, in allen gaubaren Farben und Fassons von Mk. 65 000	Knaben-Anzüge Or. 1-4, in Schlüpfjoppe- u. Sportform, aus blauen und farbigen Stoffen, in geschmackvoller Ausmusterung von Mk. 35 000
Paletots a. gut. marengo u. schwarz. Cheviot und Foul, in best. Verarb. von 180 000	Loden-Pelerinen aus oliv und grünen Strichloden von Mk. 38 000	Herren-Filzhüte in modernen Farben und Formen Mk. 4 900
Covercoat-Paletots in Sportform, a. einfarbig bis zu den elegant. Maßstoffen, i. best. Verarb. von 120 000	Gummimäntel aus guten Stoffen, mit bester Gummirung von Mk. 75 000	Herren-Oberhemden a. gut. Zephir in modernen Streifen m. Klappmanschetten und 1 Kravatte Mk. 16 500
Covercoat-Paletots in Rock- und Biedermeierform sowie in Verarbeitung mit Gurt und Falten in besten Qualitäten von 250 000	Gummimäntel aus Homespun und Grèenoberstoffen von Mk. 125 000	Strickwesten für Herren Mk. 17 500

Chromleder-Mäntel und -Anzüge fertig und nach Maß.

BAER SOHN

Akt.-Ges.

Berlin nur Chausseestraße 29-30

Mengen-Abgabe vorbehalten! — Mit Anzahlung gekaufte Waren werden nur 8 Tage reserviert.

Die Preise für Maßbestellungen erhöhen sich entsprechend den jeweiligen Lohnaufschlägen.

Mieterrecht und Mieterschutz.

Die Miete für März.

Wiederum in allerletzter Stunde ist die Genehmigung des Oberpräsidenten zu den Mietzinserhöhungen ab 1. März eingetroffen. Eine Sonderausgabe des Gemeindeblattes vom 28. Februar enthält die neueste (4.) Abänderungsbescheinigung. Sie weicht in einigen Punkten zugunsten der Mieter von den Beschlüssen des Magistrats ab. Nach der neuen Bescheinigung sind für März zu zahlen:

In einfachen Häusern:

1. Bei monatlicher Vorauszahlung:	
Außer der monatlichen Grundmiete von	100 v. H.
Zuschlag für Rinssteigerung	15 ..
Zuschlag für Verwaltungskosten, Hausreinigungsmaterial und Hausreiniger (Hauswart)	450 ..
Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten	1000 ..
Vorschuß auf unzuliefernde Betriebskosten (nur auf Verlangen des Vermieters zu zahlen)	5000 ..
zusammen 6565 v. H.	

also das 65,65fache der monatlichen Grundmiete.

Beispiel: Die Grundmiete beträgt monatlich 20 M. Der Hausbesitzer verlangt die Zahlung des 50fachen Vorschusses auf die Betriebskosten. Der Mieter hat zu zahlen $65 \times 20 = 1300$ M. und ein Hundertstel hiervon 13 ..

mithin zusammen 1313 M.

2. Bei vierteljährlicher Vorauszahlung:	
Rachzahlung für März infolge Erhöhung der Zuschläge und des Vorschusses:	
für Rinssteigerung (15 abzüglich 10)	5 v. H.
Verwaltungskosten usw. (450 abzüglich 250)	200 ..
Instandsetzungskosten (1000 abzüglich 500)	500 ..
Vorschuß auf Betriebskosten (5000 abzüglich 1500)	3500 ..
zusammen 4205 v. H.	

also das 42,05fache der monatlichen Grundmiete.

Beispiel: Die vierteljährliche Grundmiete beträgt 180 M. Der Vermieter hat im Januar den Betriebskostenvorschuß eingezogen. Der Mieter hat zu zahlen: das 42fache der Monatsgrundmiete von 60 M. = 2520 M. und den 20. Teil der Monatsgrundmiete 9 ..

mithin zusammen 2529 M.

In besonders ausgestatteten Häusern:

Außer den oben angegebenen Sätzen:
a) In Häusern, die nur Warmwassererzeugung oder nur Sammelheizung oder nur Fahrstuhl haben, jedoch nur, wenn die Anlagen im Betrieb sind:

bei monatlicher Mietzinnszahlung weitere 50 v. H., also eine halbe Monatsgrundmiete;
bei vierteljährlicher Zahlung:
bei nur Warmwasser nichts (500 abzüglich 300 ergibt 200 v. H.), die oben unter 2 schon berechnet sind),
bei nur Sammelheizung oder nur Fahrstuhl 100 v. H. weniger als oben zu 2 (500 abzüglich 400 = 100 v. H.).

b) In Häusern mit Sammelheizung, Warmwasser und Fahrstuhl (oder mit zwei dieser Einrichtungen), wenn diese im Betrieb sind,

bei monatlicher Mietzinnszahlung weitere 150 v. H., also eine 1 1/2fache Grundmiete;
bei vierteljährlicher Zahlung nichts (600 abzüglich 400 = 200 v. H., die oben zu 2 bereits eingerechnet sind).

An sonstigen Änderungen seien noch hervorgehoben:

1. Große Instandsetzungsarbeiten sind ab 1. März auch die teilweise Erneuerung des Fußes oder des Anstriches einer äußeren Hauswand, der teilweise Abputz und das teilweise Leeren freistehender Giebelwände, falls diese Arbeiten einen Kostenaufwand von mindestens 500 v. H. der Jahresgrundmiete erfordern. Gleichzeitig ist auch bei den Teilarbeiten am Dach, im Treppenhaus, an zentralen Heizungsanlagen und am Fahrstuhl die Grenze von 20 v. H. auf 500 v. H. heraufgesetzt worden. Die Erneuerung von Einfriedigungen gilt nicht mehr als große Instandsetzungsarbeit. Die Höchstgrenze für das Mietzinnsamt ist auf 1000 v. H. festgesetzt worden.

2. Die Höchstgrenzen für privatrechtliche Betriebskosten betragen vom 1. März ab: 1500 v. H.

für Müllabfuhr, 1500 v. H. für Schlackenabfuhr, 1000 v. H. für Feuerversicherung, 800 v. H. für die übrigen Versicherungen, 400 v. H. für Fahrstuhlbetrieb (außer Stromkosten die voll umgelegt werden, und großen Instandsetzungsarbeiten). — Die Feuerversicherungsgrenze ist durch besondere Bekanntmachung des Magistrats für Oktober auf 200 v. H., für November auf 400 v. H. festgesetzt worden.

Im übrigen verbleibt es bei den bisherigen Regelungen; insbesondere muß der Vermieter nach wie vor die Jalousien, Rolläden, Badewannen und Bädereien aus dem festen Zuschlag für laufende Instandsetzungsarbeiten reparieren lassen.

Der größte Teil der Miete ist erst am 31. März zu zahlen, da alsdann die Umlage der Betriebskosten für das Vierteljahr Januar—März (unter Anrechnung der darauf gezahlten Vorschüsse) erfolgt.

Herrenlose Häuser.

In letzter Zeit mehren sich die Fälle, in denen Ausländer Häuser erwerben und sich um die Verwaltung der Häuser überhaupt nicht kümmern. Diesen „angenehmen“ Zeitgenossen lag nur daran, sich vor weiterer Entwertung der in ihren Händen befindlichen Papiermark zu schützen oder aber eine Spekulation auf einen erheblichen Gewinn, der in kürzerer oder längerer Frist bei der Wiederkehr der freien Wirtschaft eintrüben würde, zu machen. Diesen Leuten ist es ganz gleich, wer die Mieten kauft, wer die Treppen reinigt und wer die Steuern und sonstigen Abgaben sowie die Reparaturkosten bezahlt; ihnen liegt nichts an der Hausbewirtschaftung, sondern ihnen liegt es nur am Hausbesitz, der ihnen erhebliche Vorteile verspricht. Unter diesen Umständen leiden natürlich die Mieter des Hauses außerordentlich, wenn der Portier seine Tätigkeit einstellt und die städtischen Werte des Gas oder des Wasser oder gar beides abschneiden. Hier muß die Mieterchaft zur Selbsthilfe greifen und sie hat eine Handhabe dazu in den Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über die Geschäftsführung ohne Auftrag (§§ 677 bis 687). Die Mieter des Hauses werden von der Mietervertretung oder einem Mieter des Hauses zusammenberufen und treffen eine Vereinbarung dahingehend, daß die Miete künftig an die zu wählende Vertrauensperson gezahlt wird, die nun wie ein vom Vermieter eingesetzter Verwalter arbeitet. Widerstrebende Mieter können nötigenfalls durch einen Prozeß zur Zahlung gezwungen werden. Die Verwaltung ist natürlich so zu führen, daß die Interessen des Vermieters gewahrt bleiben; denn bei der Rechnungslegung, die doch einmal erfolgen muß, drohen andernfalls Erfassungsprüche des Vermieters. Gerade in solchen Fällen ist völlige Einmütigkeit der Mieter notwendig, um dem Mieter, der in ihrem Auftrage die Verwaltung führt, seine Tätigkeit zu erleichtern. Am besten ist es, wenn die gesamte Mieterchaft beschließt, die Verwaltung des Hauses als Geschäftsführung ohne Auftrag zu übernehmen und alsdann die Mietervertretung mit der Führung der Geschäfte beauftragt. Dann kann ein Vertrag mit dem Portier geschlossen und es können die Gas- und Wasserrechnungen usw. bezahlt werden, so daß wieder ordnungsmäßige Zustände im Hause eintreten.

Der Magistrat hat in der Bekanntmachung zum RMG für die Monate Oktober, November die Bestimmung getroffen, daß die Versicherungsbeiträge der Feuerversicherung von dem Vermieter auf die Mieter zu der Höhe umgelegt werden können, wie sie von der Städtefeuerlosgesellschaft der Provinz Brandenburg ortsüblich erhoben werden, ohne im einzelnen die genauen Hundertsätze anzugeben. Die von dem Magistrat feinerzeit errechneten Hundertsätze haben nunmehr die Zustimmung der Oberpräsidenten gefunden und werden in der nächsten Nummer des Gemeindeblattes veröffentlicht werden. Es können die Versicherungsbeiträge für den Monat Oktober 1922 bis zum Höchstbetrage von 200 Proz. für den Monat November 1922 bis zu 400 Proz. der monatlichen Grundmiete auf die Mieter umgelegt werden.

Literatur.

Bestimmte Mieterhörs und Handwörterbuch zum Reichsmietengesetz. Herausgegeben von dem Geschäftsführer des Bundes Deutscher Mietervereine, Fritz Dietz, und im Selbstverlag (Berlin W. 30, Anhalter Str. 10) erschienen, auch in der Buchvertriebsanstalt (Einbecker Str. 2) erhältlich. Beide Schriften sind zu begrüßen und alle bestmöglichen Stellen, besonders den Mietervereinigungen und jedem Mieter zur Anschaffung empfohlen. Der Berliner Mieterführer enthält eine Anleitung zur Mietberechnung usw. nach dem Stande vom Januar 1923 und kann als ein zuverlässiger Ratgeber bei der Mietzinnsberechnung und in Spezialfragen benützt werden. Die Schrift ist mit Hilfe amtlichen Materials bearbeitet. Im Anhang sind die Registratsbescheinigungen und

die Ausführungsanweisung für Schlichtungskammern im Wortlaut abgedruckt. — Das Handwörterbuch bringt in lexikalischer Reihenfolge in klarer und allgemeinverständlicher Sprache eine große Anzahl von Einzelartikeln, die eine reichhaltige Darstellung des Reichsmietengesetzes und eine Erläuterung der einzelnen Begriffe sowie der gesetzlichen Vorschriften enthalten. Die praktischen Ausführungsbestimmungen sind am Schluß eines jeden Artikels gesondert behandelt. Im Anhang ist das Reichsmietengesetz nebst den preussischen Ausführungsbestimmungen im Wortlaut abgedruckt. Der Verfasser steht in der Mieterbewegung an führender Stelle und hat im Auftrage des Bundes Deutscher Mietervereine an den jahrelangen Verhandlungen mit der Reichsregierung und den Reichstagsabgeordneten über das Reichsmietengesetz teilgenommen. Sein Handwörterbuch wird deshalb die richtige Anwendung des Gesetzes wesentlich erleichtern.

Gefindel.

Wir haben die berufsmäßigen Verleumder in der „Roten Fahne“ zur Genüge gefennzeichnen, deren ganze Leistung in der plannmäßigen, mit den niedrigsten Mitteln betriebenen Verleumdung besteht. Auf ihr Bestimmen einzugehen, mit dem sie die Gemeinheiten gegen den Genossen Hinz beschönigt, lohnt sich nicht. Der Fall selber, den sie auszunutzen suchten, ist jetzt amtlich genau nachgeprüft, wobei sich folgendes ergeben hat:

Frau Putzschke, die blind und seit mehr als vier Jahren ans Krankenbett gefesselt ist, ist nicht, wie in der Zeitungsnote angegeben, 63, sondern 86 Jahre alt. Sie hatte im Seitenflügel des eingangs erwähnten Hauses mit ihrer 30jährigen Tochter, der Witwe Studemann, und ihrer 20jährigen Enkelin eine Wohnung, bestehend aus Stube und Küche, inne und bezog Invaliden- und Sozialrente; währenddessen wurde sie des öfteren auch von der zuständigen Armenkommission mit höheren Sonderunterstützungen bedacht. Die Tochter, Frau Studmann, die sich durch Aufwartungen ernährt, und ihre Mutter gleichfalls unterstützte, bestreitet auf das Entschiedenste, daß diese jemals Ratgebeten habe und stellt der zuständigen Armenkommission, an deren Spitze der der kommunistischen Partei angehörende Schlosser Guttsche, wohnhaft Borhagener Str. 94, steht, das Zeugnis aus, daß sie stets ausreichend für die Verfortbene gesorgt hat. Doch Frau Putzschke auch in Rot und Bedrängnis geraten konnte, und daß ihr insbesondere alle Wohlwollen aus der Sozialrentenversicherung usw. zuteil wurden, dafür sorgte schon der im selben Hause wohnende und der zuständigen Armenkommission als Pfleger angehörende Sattler Schöne, der zur Familie der Verstorbenen freundschaftliche Beziehungen unterhält. Im übrigen hat Frau Putzschke durch Selbstmord geendet. Sie ist vielmehr nach dem Gutachten des hinzugezogenen Arztes noch vor Ausübung der unseligen Tat von einem Herzschlage überrascht worden. Die Veranlassung zu dem Verluße der Frau P., Selbstmord zu begehen, gab nach den übereinstimmenden Äußerungen der Tochter sowohl als auch des Armenpflegers Schöne der schon seit langer Zeit bestehende Lebensüberdruß, hervorgerufen durch das langjährige unheilbare Leiden und die vor etwa zwei Jahren eingetretene Erblindung, unter welcher letztere die Greisin ganz besonders leidet.

Wir sind gespannt, ob die „Rote Fahne“ den Mut haben wird, ihren Lesern auch diese Tatsachen mitzuteilen. So wie wir sie kennen, glauben wir es allerdings nicht.

Prozeß Köber—Morvilius.

Der gelungene Probediebstahl eines Kriminalkommissars.

Im weiteren Verlaufe des Prozesses Köber—Morvilius und Genossen wurde unter anderen die Schwester der Frau Köber, Frau Anna Förster, vernommen, die in Holland verhaftet und jetzt nach Raabitz übergeführt worden ist. Frau Förster ist von der Reise so erschöpft, daß sie sich zunächst längere Zeit erholen muß, ehe sie vernommen werden kann. Sie gibt mit leiser Stimme, nach Möglichkeit die Schwester schonend, Auskunft. Frau Köber suchte auch jetzt wieder, die Geistesgegenstände zu spielen und begründete ihre Schwester während einer kurzen Pause mit dem Liebes Ich schenkt mir eine Nacht“. Frau Förster gibt zu, von den Diebstählen ihrer Schwester gewußt zu haben, will aber, selbst an den Diebstählen nicht beteiligt gewesen sein. Die weiteren Aussagen der Frau Förster belasten die Familie Hüls schwer.

Während einer Pause erhält Frau Köber ein Beruhigungsmittel, da bei ihr eine Revenstrife droht, die den Fortgang der Verhandlung gefährdet hätte. Auf Befragen des Rechtsanwalts Dr. Eisenstädt, ob die Angeklagte Frau Förster ihre Angaben nicht etwa mache, um sich an den hülschen Eheleuten zu rächen, erklärt sie, daß sie anfangs Hüls habe schonen wollen, daß aber Kriminalkommissar Detmann dann aber geraten habe, ohne Rücksicht auf ihre Helfer alles zu gestehen. Zu einem Zusammenstoß zwischen Staatsanwalt Dr. Kuhnmann und der Verteidigung kam

(Nachdruck verboten. Der Welt-Verlag, Berlin.)

Drei Soldaten.

Von John dos Passos.

Die Dunkelheit war heiß wie im Gewittersturm. Langsam überwand sie der grauende Morgen. Chrisfield hörte auf zu marschieren. Seine Augenlider stachen, als ob die Augenlider flammend heiß seien. Er konnte keine und Füße nicht fühlen. Die Kanonen dröhnten unaufhörlich weiter, wie ein Hammer, der ihm ewig auf den Kopf schlug. Er ging langsam weiter, dann und wann stolperte er gegen seinen Vordermann. Erde war auf beiden Seiten. Plötzlich stolperte er ein paar Treppen hinunter in einen Graben, wo es ganz schwarz war. Ein unbekannter Geruch kam ihm entgegen und verursachte ein Unwohlsein, doch keine Gedanken schienen ihn aus einer ungeheuren Entfernung zu erreichen. Er stieg den Wall hinauf. Seine Arme schlugen gegen eine Schafstalle mit Bettluchern darin. In der nächsten Sekunde sank er auf das Bett in tiefen Schlaf.

Als er aufwachte, war sein Bewußtsein sehr klar. Das Dach des Unterstandes war aus Holz. Ein heller Fleck in der Ferne war eine Tür. Er hoffte verzweifelt und voller Angst, daß er keinen Dienst habe. Er wunderte sich, wo Andy sei. Dann erinnerte er sich, daß Andy ein verrückter Kerl, ein Heizer sei, Judkins hatte ihn doch so genannt. Er setzte sich mit Mühe auf, zog die Schuhe aus und wickelte sich in die Decke. Rings um ihn ertönte Schnarchen und das tiefe Atmen schlafender Menschen. Er schloß die Augen.

Er stand vor einem Kriegsgewehr. Er stand mit den Händen an den Seiten vor drei Offizieren an einem Tisch. Alle drei hatten dieselben weißen Gesichter mit schweren blauen Unterlippen und Augenbrauen, die über der Nase zusammentrafen. Sie lasen laut aus Papieren vor, aber schon er seine Ohren anstrengte, konnte er nicht hören, was sie sagten. Alles, was er hören konnte, war ein schwaches Stöhnen. Jemand etwas hatte einen unbekanntem, seltsamen Geruch, der ihn störte. Er konnte nicht ruhig strammstehen, obwohl die wütenden Augen der Offiziere ihn von überhäufig anstarrten.

„Sergeant Anderson, was ist das für ein Geruch?“ fragte

er immer und immer wieder mit verschüchterter, weinerlicher Stimme. „Sag mir doch, was das für ein Geruch ist.“ Doch die drei Offiziere vor dem Tisch lasen immer weiter aus ihren Papieren. Das Stöhnen wurde immer lauter und lauter in seinen Ohren, bis es zu einem schrillen Schreien anwuchs. Eine Granate war in seiner Hand. Er zog sie ab und warf sie. Er sah die Uniform des Leutnants vor einem großen, weißen Flammenschwall. Jemand etwas sprang ihn an. Er rang um sein Leben mit Anderson, der sich plötzlich in eine Frau mit ungeheuren Brüsten verwandelte. Er erdrückte sie und wandte sich, um sich gegen die drei Offiziere zu wehren, die gegen ihn anstürmten mit ihren festgeschnürten Uniformen, die ihnen immer enger um den Leib wuchsen, bis sie aussahen wie Wespen. Dann verschwand alles, und er wachte auf.

Der seltsame, störende Geruch war immer noch da. Er sah auf der Erde der Lagerstelle, wand sich auf seinem Lager, sein Körper war voller Gänse.

„Donnerwetter, ist doch komisch, hier zu sein, wo die Frigidien eben raus sind,“ hörte er eine Stimme sagen.

„Halt's Maul, wir avancieren!“ kam eine andere Stimme.

„Ach was, avancieren! Haben doch noch überhaupt keinen Deutschen gesehen.“

„Aber ich kann sie riechen,“ sagte Chrisfield und stand plötzlich auf. Sergeant Higgins Gesicht erschien in der Tür.

„Antreten!“ kommandierte er. Dann fügte er mit seiner gewöhnlichen Stimme hinzu:

„Drauf und dran, Kerls!“

Chrisfield fing sich mit seiner Camasche in dem Gestrüpp am Ende einer Lichtung. Er versuchte durch Hin- und Herretzen sein Bein frei zu bekommen. Schließlich gelang es ihm, doch die zerrissene Camasche schleppte hinterher. Draußen im Sonnenlicht sah er in der Mitte der Lichtung einen Mann neben irgend etwas am Boden knien. Ein Deutscher lag dort mit dem Gesicht nach unten und einem roten Loch im Rücken. Der Mann durchsuchte seine Taschen. Er sah auf, in Chrisfields Gesicht. „Souvenir“ sagte er.

„Zu welchem Regiment gehörst du, Junge?“

„Hunderteinundvierziger,“ sagte der Mann und stand langsam wieder auf.

„Wo zum Teufel sind wir?“

„Wenn ich das wüßte!“

Die Lichtung war menschenleer außer den beiden Ameri-

kanern und dem Deutschen mit dem Loch im Rücken. In der Ferne hörten sie die Artillerie und in der Nähe das Put-Put einzelner Maschinengewehre. Die Blätter der Bäume in der Nähe mit ihren braunen und rötlichen und gelben Schatten tanzten im Sonnenlicht.

„Sag mal, das dreifache Geld da ist wohl nichts wert?“ fragte Chrisfield.

„Deutsches Geld? Aee. Ich habe eine feine Uhr.“

Der Mann zeigte eine goldene Taschenuhr und sah Chrisfield die ganze Zeit über aus halbgeschlossenen Augen forschend an.

„Ich sah einen, der hatte einen Säbel mit goldenem Griff,“ meinte Chrisfield.

„Wo denn?“

„O, da hinten im Wald.“ Er schwenkte die Hand vage.

„Muh meine Kompanie finden. Kommst du mit?“

Chrisfield setzte sich auf das andere Ende der Lichtung zu in Bewegung.

„Mir geht's hier ganz gut,“ sagte der andere und legte sich wieder auf das Gras in der Sonne.

Die Blätter raschelten, als Chrisfield durch den Wald ging. Die Einsamkeit erschreckte ihn. Er ging weiter, so schnell er konnte mit seiner Camasche, die noch immer hinter ihm her schleppte. Später kam er an eine Wiese, die dem Wald gerade durchschnitten, drünten in einem Flecken Sonnenlicht sah er eine Gestalt, der er sich eilig näherte. Es war ein junger Mann mit rotem Haar und hellem Gesicht. An dem goldenen Abzeichen am Kragen seines Hemdes sah Chrisfield, daß er einen Leutnant vor sich hatte.

Er hatte keinen Rock oder Kopfbedeckung, und seine Kleidung war voll grünlichen Schleiemes, als ob er mit dem Bauch in einer Dredpfütze gelegen habe.

„Wo gehen Sie hin?“

„Weiß nicht.“

„Gut, kommen Sie mit.“

Der Leutnant begann, so schnell er konnte, weiter zu marschieren und schwang die Arme wild um sich.

„Haben Sie irgendwelche Maschinengewehrester gesehen?“

„Nicht ein einziges.“

„hm.“

Er folgte dem Leutnant, der so schnell ging, daß er fast Schwierigkeit hatte, mitzukommen. (Fortsetzung folgt.)

es, als der 19jährige Gustav Severin, der Sohn der Frau Röber aus erster Ehe vernommen werden sollte.

Der folgende Zeuge Kriminaloberwachmeister Dettmann schilderte dann, wie er die Diebstähle der Röberschen Familie nach und nach aufgedeckt habe. Frau Röber und Förster hatten sich gegenseitig immer mehr verraten. Frau Röber, die ein phänomenales Gedächtnis besitzt, hat dem Zeugen schließlich haargenau angegeben, wo sie jeden einzelnen Gegenstand gestohlen hat, und vieles konnte den Besitzern zugestanden werden. Die Frauen haben auch ein Service aus 32 Stücken bestehend gestohlen. Frau Röber hat geschwiegen, wie sie es machte. Sie legte sich über den Leberfisch und packte mit ihren Helferinnen alles in die Mäntel ein. — Fort: Aber die Verkäuferinnen müssen das doch bemerkt haben. — Angekl. Frau Röber: Kein Gedanke! Ich sage Ihnen, Herr Vorsitzender, bei Rosenheim können Sie ganze Wagenladungen heraushehlen, ohne daß ein Mensch was merkt. — Zeuge Dettmann: Das ist durchaus richtig. Ich habe dort selbst zur Probe eine große Bronze unter den Mantel genommen und bin dann ungehindert auf die Straße gekommen. — Frau Röber: Du bist auch ganz tüchtig, mein Junge! — Es folgte dann eine lange Vertagung der von der Röber und ihren Töchtern gestohlenen Sachen. Als der Staatsanwalt Dr. Kuchmann erklärte, daß die reell gekauften Waren gegenüber den gestohlenen Posten verschwinden, bekommt Frau Röber einen Wutanfall und ruft zum Staatsanwalt gemeldet: „Sie lügen! Ich habe auch ehelich gekauft und nicht bloß gestohlen!“ Die Mut der Angeklagten steigert sich so, daß sie versucht, dem Vertreter der Anklage das Wasserglas an den Kopf zu werfen. Der Vorsitzende greift hier sehr scharf ein. Zur Sicherung des Staatsanwalts wurde dann aber zwischen seinem Platz und der gegenüberliegenden Anklagebank ein Schupmann postiert. Frau Röber schlug nun in das Gegenteil um, begann zu zittern und rief: „Sie wollen mich erschließen!“

Den Höhepunkt der Verhandlung brachte dann ein kurzes Gastspiel der als „Schrecken der Gerichte“ bekannten Anni Sanned-Warnike, die von der Staatsanwaltschaft als Beschuldigte gegen Morosius geladen war. Sie erschien im Gerichtssaal, eilte geradenwegs bis unmittelbar an den Richtertisch, suchte mit den Armen und sprudelte sofort hervor: „Herr Vorsitzender, die Geschichte muß ich Ihnen erzählen!“ Als dann Frau Röber der Sanned zurief: „Aber Sie sollen doch in meiner Sache auszusagen!“, erklärte die Sanned: „Ich Quacke Ihre Sache interessiert mich überhaupt nicht!“ Nach dieser Kostprobe verzichtete das Gericht auf weitere Aussagen der zweifellos geisteskranken Zeugin und vertagte die Verhandlung auf Freitag früh. Heute wird jedoch gegen Frau Förster und gegen Kaufbeder, deren Verfahren abgetrennt ist, verhandelt.

Der letzte Mord.

Öffentliche Ausstellung des Fadmaterials.

Unter großen Zulauf von Neugierigen suchte gestern der Reichswasserschutz die Spure in der Umgebung der Mühlenmündung nach den fehlenden Leichenteilen, fand aber nichts. Aus dem Substrat haben sich bei der Kriminalpolizei zahlreiche Leute gemeldet, die jugendliche Personen vermissen. Aber auch hierbei wurde noch keine greifbare Spur gefunden. Die einzigen Anhaltspunkte sind bisher die Sachen, in die der Rumpj eingewickelt war, nach genauer Besichtigung ein schädiger kupferfarbiger Wollportierenschal mit Kurbelstickerie alter Art, die Hälfte eine Chenilledecke mit buntem persischen Muster und ein 140x120 Zentimeter großes Stück einfarbiges schieferblaues Webstoffes. Diese Decke hat eine mit brauner Wolle gestopfte Stelle von der Größe einer Streichholzschachtel. Wer die Sachen kennt oder wer sonst zur Auffklärung beitragen kann, wird dringend ersucht, sich unverzüglich bei Kriminalkommissar Treitin im Zimmer 103 des Polizeipräsidiums, Hausanruf 436 und 416, zu melden. Alle Mitteilungen werden streng vertraulich behandelt. Das Fadmaterial wird von heute, Donnerstag, an in einem Schaufenster der Webfabrik-Actiengesellschaft Albert Steiner in der Alexanderstraße 42, neben dem Lehrervereinshaus, gegenüber dem Polizeipräsidium, öffentlich ausgestellt.

Novarra freigesprochen.

In dem Prozeß gegen Direktor Novarra und Genossen wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Die Strafkammer kam nach mehrstündiger Beratung zu einer gänzlichen Freisprechung des Angeklagten Novarra, während Petermann und Biese unter Freisprechung von der Anklage der Untreue und Urkundenfälschung lediglich wegen gemeinschaftlichen Kettenhandels in zwei Fällen, Petermann zu 200 000 M., Biese zu 100 000 M. Geldstrafe verurteilt wurden. — Wie der Vorsitzende, Landgerichtsrat Braun, im Urteil ausführte, konnte Novarra in keinem Fall eine Schuld nachgewiesen werden. Auch in den Fällen, in denen der Staatsanwalt Verurteilung beantragt hatte, konnte das Gericht weder eine Untreue noch einen Kettenhandel bei dem Angeklagten Novarra erblicken. Zwar hat Novarra die Schube an die Schubwerkstätten-Gesellschaft ohne Aufschlag weitergegeben, in dem Bewußtsein, daß diese die Schube an den Vaterlandsbank mit einem Aufschlag weitergeben würde; es hat ihm aber das Bewußtsein des Kettenhandels dabei gefehlt. Auch einer Untreue hat er sich nach keiner Seite hin schuldig gemacht. Dagegen haben Petermann und Biese die Schubwerkstätten-Gesellschaft bei einem Kosten Schube in unwirtschaftlicher Weise eingeschoben, wodurch sie sich des gemeinschaftlichen Kettenhandels schuldig gemacht haben.

„Nobel und Schere“, die dritte große Fachausstellung, die vom Bezirksverband des selbständigen Schneiderhandwerks der Provinz Brandenburg veranstaltet wird, verbunden mit einer Lehrlingsausstellung der Kürschnerfachschule, ist im Saalbau „Friedrichshain“ gestern eröffnet worden. Die Ausstellung weist auf diesmal wieder eine übergroße Anzahl von Ausstellern auf, die alle zum Schneiderhandwerk erforderlichen Gebrauchsartikel zur Schau stellen. Ein großer Teil von Ausstellern mußte abgewiesen werden, da der Raum nicht ausreichte, um allen Bewerbern einen Platz zu sichern. Die Entwürfe zur Ausstellung wurden vom Architekten Bud in künstlerischer und geschmackvoller Weise ausgeführt. Auch die Lehrlingsarbeiten im Kürschnergewerbe, die unter Leitung des Fachlehrers Alfred Homuth fertiggestellt wurden, fanden viel Anerkennung. Die Ausstellung ist nur noch am 1. und 2. März von 9 Uhr morgens bis 9 Uhr abends geöffnet.

Bezirksbildungsamt Grob-Berlin. Für sämtliche Theater-Verstellungen im Monat März wird ein Zuschlag von 50.— M. erhoben. — Sonntag, den 11. März und 1. April (1. Osterfesttag), nachmittags 3½ Uhr, in der Bühnenhalle, Bernburger Str. 22a/23, 5. Festkonzert. Das Violoncello-Karls-Ringler-Quartett. Werke von Bruchner, Hugo Wolf und Wagner. Einzeltickets 2 500.— M. im Parterre des Bezirksbildungsamtgebäude, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., Zimmer 8 und bei den Bildungsamtmitgliedern der Abteilungen. — Sonntag, den 18. März, vormittags 11 Uhr, im St. Schapellhaus, Karlstraße, Proletarische Theater- und dem Gedenken an Karl Marx (gestorben am 14. März 1883) und der 75jährigen Wiederkehr der 48er Revolution gewidmet. Preis pro Karte 350.— M.

Alle Wässer-Dekrete (spricht auf Einladung des Bezirksamtes Kreuzberg am 1. März abends 8 Uhr im großen Sitzungssaal des Bezirksamtes Kreuzberg, Fortstr. 11 über: Das Spiel unserer Kinder. Höchstens aus der Spielzeugindustrie setzen die hohe volkswirtschaftliche Bedeutung der rechten Spielzeugfabrik. Am Anschlag an den Vortrag findet eine Besichtigung der Werkzeuge-Ausstellung statt.

Sund entsehlener Schulreformer, Vortrag Prof. Dekret: „Die Produktionschule der Zukunft.“ Donnerstag, 1. März 5 Uhr, Lindenstr. 48/49. Karten „Verfreunde“, Ragdeburger Str. 7 und im Saal.

Rion. Cos. Partei „Sci re - Lion“. Donnerstag, 1. März, findet im Saal „Zum Amisgericht“ Leonhardt, 15 (Bahnhof Charlitz) die Fortsetzung der Debatte über „Die Verurteilung der Rion. Cos. Parteien“ statt. Anfang 8½ Uhr. Eintritt frei.

Zeppelindienst zwischen New-York und Chicago. Eine Anzahl hervorragender Amerikaner bildete eine Gesellschaft, um einen Flugdienst New-York—Chicago mit Zeppelinluftschiffen einzurichten.

Grob-Berliner Parteinachrichten.

102. Mt. Baumhäuserweg. Heute, Donnerstag, den 1. März, pünktlich 7 Uhr, in der Kule des Saalraums, Baumhäuserweg, öffentliche Versammlung. Thema: „Ruhelosigkeit — die innere- und außenpolitische Lage und die Stellung der Sozialdemokratie“. Referent Genosse Rudolf Breitscheid, R. v. R.

101. Mt. Rosenhain. Freitag, den 2. März, 7½ Uhr, im Saal Schreiber, Hauptstr. 8, öffentliche Versammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung und das deutsche Volk“. Referent Genosse Robert Schuch, R. v. R. — Die Genossen und Genossinnen von Rosenhain, Hauptstr. 8, Rosenhain-Ordnung und Willkomm werden ersucht, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.

2. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 2. März, 7½ Uhr, engere Kreisversammlung im Saal, Lindenstr. 3.

14. Kreis Prenzlau. Freitag, den 2. März, 7 Uhr, Versammlung der Schiffs-, Fischereien und Erzeugnisse im Saal, Lindenstr. 3, Donnersbachstr. 120. Vortrag des Genossen Landgerichtsrat Dr. Selgisch. Gäste willkommen.

17. Kreis Wilmersberg. Freitag, den 2. März, 7 Uhr, Sitzung der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine im Saal, Zimmer 25.

Heute, Donnerstag, den 1. März:

Jugendsozialisten. Gruppe Friedrichshain: 7½ Uhr bei Mühlitz, Seidenweg 64. Vortrag über „Die Revolution des Unierrechts“. — Gruppe Eden: 7½ Uhr im Jugendheim Bernwaldstr. 64 Ausgabe der Berliner Seite der „Jugendsozialistischen Blätter“.

Morgen, Freitag, den 2. März:

102. Mt. Baumhäuserweg. Heute, Donnerstag, den 1. März, pünktlich 7 Uhr, in der Kule des Saalraums, Baumhäuserweg, öffentliche Versammlung. Thema: „Ruhelosigkeit — die innere- und außenpolitische Lage und die Stellung der Sozialdemokratie“. Referent Genosse Rudolf Breitscheid, R. v. R.

101. Mt. Rosenhain. Freitag, den 2. März, 7½ Uhr, im Saal Schreiber, Hauptstr. 8, öffentliche Versammlung. Thema: „Die Arbeiterbewegung und das deutsche Volk“. Referent Genosse Robert Schuch, R. v. R. — Die Genossen und Genossinnen von Rosenhain, Hauptstr. 8, Rosenhain-Ordnung und Willkomm werden ersucht, sich an dieser Versammlung zu beteiligen.

2. Kreis Kreuzberg. Freitag, den 2. März, 7½ Uhr, engere Kreisversammlung im Saal, Lindenstr. 3.

14. Kreis Prenzlau. Freitag, den 2. März, 7 Uhr, Versammlung der Schiffs-, Fischereien und Erzeugnisse im Saal, Lindenstr. 3, Donnersbachstr. 120. Vortrag des Genossen Landgerichtsrat Dr. Selgisch. Gäste willkommen.

17. Kreis Wilmersberg. Freitag, den 2. März, 7 Uhr, Sitzung der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine im Saal, Zimmer 25.

Frauenvereinstagung am Freitag, den 2. März:

6. Kreis Kreuzberg. 7½ Uhr bei Hoff, Grätzstr. 76, nächste Sitzung aller Funktionärinnen (Kantinen, Wohlfahrt, Kinderklub, Arbeiterfreunde).

Jugendveranstaltungen.

Verein Sozialistische Arbeiterjugend Grob-Berlin.

Mitgliederversammlungen am Donnerstag, den 1. März:

Saundhäuserweg: Jugendheim Grätzstr. 16. — Kreuzberg: Jugendheim Bernwaldstr. 64. — Prenzlau: Jugendheim Bernwaldstr. 64. — Wilmersberg: Jugendheim Bernwaldstr. 64. — Kreuzberg: Jugendheim Bernwaldstr. 64. — Prenzlau: Jugendheim Bernwaldstr. 64. — Wilmersberg: Jugendheim Bernwaldstr. 64.

Am Sonntag, den 4. März, nachmittags 3 Uhr, findet im Neuen Theater am Zoo, Nollentstraße, eine Theateraufführung statt. Zur Aufführung gelangt „Das Spiel unserer Kinder“. Eintrittskarten zum Preise von 400 M. sind im Jugendreferat, Lindenstr. 3, zu haben.

Quittung.

Bisher wurden weiter folgende vom Betriebsreferat ausgegebenen Sammelkästen abgeliefert:

Table with multiple columns listing names and amounts. Includes names like M. O., Baumhäuserweg, and various amounts in M.

Bezeichnete Listen können täglich in der Zeit von 9—5 Uhr im Betriebsreferat, Lindenstr. 3, 2. Hof, 2. Tr., abgerechnet werden. H. 5013.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Bezirksleitung für Schul- und Erziehungsfragen, Berlin-Kreuzberg, Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr, im Reichshaus, Lindenstr. 3, Versammlung. Der Kreisreferent Dr. Vogel, „Der Erziehungsstreik des Kindes. — Die Bedeutung des Kindes in der Erziehung“.

Reichsbund der Arbeiterbildungs- und Arbeitervereine, Ostpreußen-Steg. H., Freitag, den 2. März, abends 8 Uhr, in der Kule des Saalraums, Baumhäuserweg, öffentliche Versammlung. Bundesreferent Genosse Schuch über „Die hoch reißliche meine Rente nach der neuen Gesetzgebung“.

Verband Volkshilfsvereine. Vortrag der Genossin Lange über „Die Volkshilfe für Kinder“. Alle Vorträge finden in der Schule Bernwaldstr. 12, abends 7½ Uhr, statt.

Sport.

Der Stand des Sechstagerrennens.

Die 3-Uhr- (nachmittags) Wertung am 5. Tage ergab folgenden Stand des Rennens: Spitzengruppe Bauer-Tisch 222 Punkte, Krupat-Dahn 198 P., Gebr. Hülshle 189 P., eine Runde zurück Abger. Lehmer 191 P., Stehbrink-Häuser 61 P., Schafeld-Weinas 48 P., Mantel-Dehrend 15 P., Wittig-Rohl 14 P., Wawle-Rufschow 1 P. Nach der 14. Runde waren insgesamt 8388,5 Kilometer zurückgelegt. Die 16. Wertung, die um 10 Uhr abends vorgenommen wurde, hatte folgendes Ergebnis: 1. Bauer-Tisch 244 P., 2. Gebr. Hülshle 213 P., 3. Hahn-Krupat 206 P. In den fünf Spurts wurden die Gebr. Hülshle dreimal Erste. Nach der 12. Stunde (10 Uhr abends) waren 3688 Kilometer zurückgelegt.

Wirtschaft

Langsamer Rückgang der Großhandelspreise.

Die auf den Stichtag des 24. Februar berechnete Großhandelsindex der Statistischen Reichsanstalt ergibt gegenüber dem Stand vom 15. Februar einen weiteren leichten Rückgang des Preisniveaus von dem 5388fachen des Vorkriegsstandes auf das 5257fache oder um 2,4 v. H.

Von den Hauptgruppen gab das Preisniveau der Lebensmittel von dem 4122fachen auf das 3933fache oder um 4,6 v. H. und dasjenige der Einfuhrwaren von dem 7963fachen auf das 7170fache oder um 10 v. H. nach. Die Gruppe der Industriestoffe behauptete mit dem 7732fachen und derjenige der Inlandswaren mit dem 4874fachen etwa den Stand vom 15. Februar.

Im Kleinhandel ist die Auswirkung des Dollarkurses noch wenig zu spüren, weil hier eine ganze Reihe von Momenten dem entgegenwirkt. Vieles hatten sich die Preise der für die Lebenshaltung wichtigsten Waren zwar gleichzeitig, aber nicht in gleichem Ausmaß wie der Dollarkurs erhöht; auf anderen Gebieten aber, wo ein Preisabbau wohl möglich und erforderlich wäre, wird er durch die neuen Frachterhöhungen und oft auch durch passive Resistenz der Warenbesitzer aufgehalten. Die Schuld trifft hier keineswegs allein oder auch nur überwiegend den Kleinhandel, der sogar schon zu den Ausverkäufern schreitet, um der Absatzflaute zu entgehen. Aus der obigen amflichen Gegenüberstellung erhellt vielmehr ganz eindeutig, daß Industriestoffe und Inlandswaren sich in der Zeit vom 15. bis zum 24. Februar nicht verändert haben. Die Rohstoffe also sind es, bei denen der Widerstand gegen den Preisabbau einsetzt, obwohl sie mit einem Stand von rund 8000 bereits im Durchschnitt auf der Höhe der Weltmarktpreise lagen, sie also, da einzelne Waren ja immer hinter der allgemeinen Bewegung zurückbleiben, zu einem erheblichen Teil überschritten haben. Und die Hartnäckigkeit, mit der sie sich auf der einmal erreichten Höhe hielten, ist um so auffälliger, als zur gleichen Zeit die Einfuhrwaren sich um volle 10 Proz. ermäßigt haben. Das Diktat der Rohstoffhersteller, das von den Verbänden leicht ausgedrückt wird, ist also ein sehr bedenkliches Hemmnis für den Preisabbau. Auf sie hat die Mahnung der amflichen Stellen, sich dem ermäßigten Dollarkurs anzupassen, keinen Eindruck gemacht.

Einen Überblick über die Preisbewegung im Februar, wie sie sich nach dem amflichen Großhandelsindex darstellt, gibt folgende Tabelle:

Table with 5 columns: Index, 25. Januar, 5. Februar, 15. Februar, 24. Februar. Rows include Gesamt, Lebensmittel, Einfuhrwaren, Industriestoffe, Inlandswaren.

Daraus geht deutlich hervor, wie der Preisabbau, der im Großhandel zu beobachten ist und der seit dem 5. Februar rund 12 Proz. beträgt, beherricht wird von der Preislenkung der Einfuhrwaren und der Lebensmittel. Am härtesten hielten sich auch nach dieser Uebersicht die Industriestoffe, während die Inlandswaren, die bei einem Stand von 4874 immer noch im Durchschnitt unter den Weltmarktpreisen lagen, nach oben streben. Bis zu einem gewissen Grade erklärt sich daraus auch noch das anhaltende Steigen der Lebenshaltungskosten.

Die Verteuerung des Kleinwohnungsbaues.

Für eine Wohnung von 70 qm Wohnfläche stellten sich nach den Ermittlungen der „Sozialen Bauwirtschaft“ die Baukostenpreise in Deutschland Anfang Februar 1923 wie folgt:

Table with 3 columns: Baustoffe, 1. Juli 1914, 1. Februar 1923. Rows include Zement, Eisenblech, Gips, Dachziegel, Rohrgefälle, Kantholz, Kufholzer, Klinker, Glas.

Die Preise der hauptsächlichsten Baustoffe für eine Wohnung sind also von 1668,50 M. am 1. Juli 1914 auf 8455,006 M. am 1. Februar 1923 gestiegen. Wird der Preis vom 1. Juli 1914 gleich 100 gerechnet, dann ist hier eine Preissteigerung von 888 000 eingetreten. Die Baukosten sind also seit 1914 auf das 888fache und innerhalb des letzten Monats um rund 80 Proz. gestiegen.

Preußens Anleihepläne zurückgestellt. Preußen beschäftigt, in nächster Zeit eine wertbeständige Anleihe auszugeben, die auf einem Sachwert, wie Roh- oder Laubbäume, beruhen sollte. Die preussische Staatsregierung hat jedoch nunmehr nach Verhandlungen zwischen dem preussischen Finanzminister und dem Reichsfinanzminister ihre Anleihepläne vorläufig zurückgestellt zugunsten der vom Reich beabsichtigten Ausgabe von Goldschatzanweisungen, damit nicht durch gleichzeitige Emission von Reichs- und preussischen Staatsanleihen die günstige Aussicht der Reichsanleihe beeinträchtigt werde. Die Großbanken haben sich für die Vertagung der preussischen Anleihepläne ausgesprochen.

Zur Entwicklung des russischen Außenhandels. Der sowjetrussische Außenhandelskommissar Krassin hat in der wirtschafswirtschaftlichen „Ekononimicheskaja Schin“ Erklärungen über die Lage des russischen Außenhandels abgegeben. Die wirtschaftliche Blockade Rußlands könne als durchbrochen angesehen werden. In den europäischen Handels- und Industriekreisen seien nicht mehr die sowjetrussischen ehemaligen Eigentümern der nationalisierten Betriebe tonangebend, sondern es fänden sich immer mehr Gruppen von Industriellen, die ihr Interesse an dem Geschäftsverkehr mit Rußland an den Tag legen. Verhandlungen zwecks Abschluß von Handelsverträgen schweben zurzeit mit Deutschland, Polen, den baltischen Staaten, Finnland, Dänemark und der Türkei. Die Wirtschaftsverhandlungen mit Schweden seien wieder aufgenommen und demnächst stehe auch die Wiederaufnahme der dänisch-russischen Wirtschaftsverhandlungen bevor. Die Geschäftsbeziehungen mit Frankreich lämen allmählich in Gang; Rußland exportierte Rapporterzeugnisse, Holz und Flach nach Frankreich. Krassin betont die Notwendigkeit ausländischer Kredite, neben den bereits bewilligten Konzessionen, insbesondere für den Wiederaufbau der bäuerlichen Wirtschaft Rußlands sowie die Heranziehung von Auslandskapital zur Ausbeutung der Waldungen, was in den Verträgen mit englischen und holländischen Firmen und in Verhandlungen mit Deutschen, norwegischen und französischen Interessenten bereits konkrete Form angenommen habe. Eine konsequente Durchführung der Konzessionspolitik sei die Grundbedingung für die Entwicklung des russischen Exports. Zur Regelung des Kreditwesens plant Krassin die Gründung einer russischen Exportbank.

Devisenkurse. Unterer gestrigen Kurstafel sind noch folgende amfliche Notierungen nachzutragen: 1 tschechische Krone 670,82 Geld, 678,88 Brief; 1 bulgarische Lewa 130,17 Geld, 130,88 Brief; 1 jugoslawischer Dinar 290,84 Geld, 292,06 Brief; 1 polnische Zloty 100,00 Brief; 1 rumänischer Leu 24,00 Brief; 1 spanische Peseta 166,67 Brief; 1 türkische Lira 10,00 Brief; 1 ungarische Forint 20,00 Brief; 1 amerikanische Dollar 19,36 Brief; 1 schweizerischer Franc 19,36 Brief; 1 niederländischer Gulden 10,00 Brief; 1 österreichischer Schilling 13,76 Brief; 1 italienische Lira 20,00 Brief; 1 griechische Drachme 4,00 Brief; 1 portugiesische Escudo 200,00 Brief; 1 japanische Yen 1,00 Brief; 1 indonesische Rupiah 1,00 Brief; 1 australische Dollar 1,00 Brief; 1 neuseeländische Dollar 1,00 Brief; 1 südafrikanische Rand 1,00 Brief; 1 australische Pfund 1,00 Brief; 1 indonesische Rupiah 1,00 Brief; 1 australische Dollar 1,00 Brief; 1 neuseeländische Dollar 1,00 Brief; 1 südafrikanische Rand 1,00 Brief; 1 australische Pfund 1,00 Brief.

Sozialdemokratie und Reichswehr.

Der Marineetat im Reichstag.

In der gestrigen Sitzung des Reichstags wurde der Beschlusseckentwurf über Beschaffung von Mitteln zur Bildung eines Devisenfonds, der den Reichsfinanzminister ermächtigt, 50 Millionen Dollar durch Ausgabe von Schatzanweisungen flüssig zu machen, debattelos dem Haushaltsausschuß überwiesen. Es folgte dann die Weiterberatung des Wehretats beim Kapitel Marine.

Abg. Hünlich (Soz.):

Die Bestrebungen der Marineleitung, die junge Reichsmarine vorwärts zu bringen, haben auch im vergangenen Jahre erfreuliche Fortschritte gemacht. Die militärische Durchbildung legt Zeugnis ab von der geleisteten Arbeit. Weniger befriedigend ist das Ergebnis der staatsbürgerlichen Erziehung in der Marine und der Erziehung der Marineoffiziere im allgemeinen. Während im Heeresetat der Abschnitt Bildungs- und Erziehungswesen an zweiter Stelle steht, ist er im Marineetat auf den fünfzehnten Platz versunken. Nach unserer Auffassung ist die Erziehung bei der Marine nicht weniger wichtig als beim Heere. Mühsam hat im letzten Jahre den Beweis dafür geliefert. Es ist bedauerlich, daß die bekanntgewordenen Vorgänge sich auf einer Schule ereignet haben, wo es doch manerlicher hergehen soll als sonstwo. Hier auf dieser Schule ist es aber schlimmer hergegangen als sonst in der Marine. Neben dem wüsten Treiben der Schüler stand das leider nicht immer taktvolle Benehmen der Offiziere. Im Hinblick darauf, daß in Kürze das künftige Offizierskorps der Marine herangebildet wird, wünschen wir, daß der Minister diesen Dingen erhöhte Beachtung schenken möge. Offenbar wird aus der Marine weniger auf Wissen und Können entscheidender Wert gelegt, auch weniger auf besondere militärische Leistungsfähigkeit als auf die

Entwicklung des richtigen Korpsgeistes.

Bezeichnend dafür ist, daß in Mürow beantragt wurde, einem Schüler zu kündigen, weil er durch das Halten des Köffels und der Gabel unangenehm aufgefassen ist. (Stürmisches Hört, hört!) Die beantragte Kündigung hat der Minister selbstverständlich abgelehnt. Wir wünschen eine Erziehung im Sinne der Verfassung. Nach unserer Auffassung sollte ihr erster Artikel: „Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus.“ eine Heimstätte haben in den Herzen und Hirnen der Diener des Staates, zu denen auch die Angehörigen des Heeres und der Marine zählen. Bisher ist hier noch nicht genügend gesehen. Es hat sogar den Anschein, als ob mit dem Schlagwort der Entpolitisierung der Wehrmacht

Die Soldaten dem republikanischen Staatsgedanken entfremdet

werden sollen. Nur wenn die Erziehung der Wehrmacht im Sinne der Verfassung erfolgt, kann die tiefe Kluft, die heute leider noch zwischen der Wehrmacht und dem arbeitenden Volk besteht, überbrückt werden. Ich will hier nur einen Fall erwähnen, der ganz bezeichnend die Denkungsart beleuchtet, die immer noch bei höheren Offizieren in verantwortungsvollen Stellen herrscht. Vor ungefähr sechs Monaten rückte die Schiffstammdivision nach einer größeren Uebung wieder in ihren Stammort Wilhelmshaven ein. Die Kaserne war aus diesem Anlaß mit Sinnbildern der alten Zeit und schwarzweißen Flaggen geschmückt. Ueber diese bedauerliche Entzweiung brachte unser Rüstingler Parteiblatt eine ganz kurze Notiz, in der es zum Ausdruck brachte, daß es doch wohl nur der Unachtsamkeit der Vorgesetzten zu danken gewesen wäre, daß so etwas vorgekommen sei. Der Kommandeur Damppe erließ sofort einen Sonderbefehl, in dem er sagt, er habe sich über diese nicht befundene Ausschmückung der Kaserne gefreut, weil er dabei der Ueberzeugung gewesen sei, daß bei den Urhebern der Ausstrahlung einer politischen Stimmung nicht beachtet worden sei. „Sollte diese Mitteilung“, so hieß es weiter, „an diese sozialdemokratische Zeitung von einem Angehörigen der Schiffstammdivision ausgegangen sein, was wahrheitsgemäß ist, so würde sie von höchst unfamerabschätzlichem und unheimlichem Sinne zeugen, den ich von Angehörigen der Division nicht erwartet und den ich ausgeschlossen wissen will.“ Zum Schluß gab der Kommandeur den ausdrücklichen Befehl, alles zu vermeiden, was Beuten, die nicht als Soldat fühlen können, Zweifel an der verfassungsmäßigen Pflichterfüllung der Schiffstammdivision aufkommen lassen könnte. Es gebe leider noch Schiffsgenossen, die jede Gelegenheit gern benutzen, die Wehrmacht verächtlich zu machen. Zu der arglistigen Soldatenfeindschaft des sozialdemokratischen Blattes ist zu bemerken, daß es zwar ununterbrochen die militärische Reaktion und Rüstinglererei bekämpft, aber nicht im entferntesten soldatenfeindlich ist. Die Sozialdemokraten als Staats- und soldatenfeindlich hinzustellen, ist etwas, was die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich auf das allerentschiedenste verbitten muß. Wir erheben auch unsere Stimme dagegen, daß in dem genannten Befehl wieder zweierlei Deutsche geschaffen werden, indem er von undeutschem Sinn spricht und jede Verbindung mit der Sozialdemokratie undeutsch nennt. Es fällt auch keinem ein, die Wehrmacht verächtlich und verächtlich zu machen.

Verächtlich und verächtlich

Sind uns allerdings die Leute, die sich als Diener des heutigen Staates anschauchen, eine Wehrmacht zu schaffen, die mit der Verfassung nichts zu tun hat. Die im Haushalt angeforderte Rate für den schon vor Jahren bewilligten Kreuzerneubau lehnen wir ab, weil wir es nicht für tragbar halten, daß das Volk in so ungeheuren Räten für solche Zwecke jetzt so große Summen auswirft, die sich offenbar von Jahr zu Jahr erheblich erhöhen. Solange wir im Rahmen des Friedensvertrages bleiben müssen, ist unsere Flotte eine Modell- und Exerziermarine, für die ein neuer Kreuzer mehr oder weniger so gut wie gar keine Rolle spielt. Leider geht es auch in der Marine nicht ohne Soldatenmishandlungen ab. Der Minister hat zwar schon früher versprochen, gegen Soldatenhinder vorzugehen, aber ich frage ihn, ob er wirklich durchgreift, wenn ein Soldatenhinder gerichtlich festgestellt ist. Vor einigen Tagen wurde

ein achtzehnjähriger Rekrutengefesselter wegen Cruteschindererei zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Hat es die Marine notwendig, einen so jungen Mann bereits mit der Erziehung von anderen jungen Leuten zu betrauen? Diese Dinge dürfen sich auf keinen Fall wiederholen. Auch gegen den Unfug, daß die Marineoffiziere außer Dienst mit Pistolen herumlaufen und gelegentlich davon Gebrauch machen, muß energisch eingeschritten werden. Zum Schluß ein Wort über die Klagen der Arbeiter auf den Werften wegen allzu häufiger und unnötiger Ueberstundenforderungen. Es muß verlangt werden, daß die Betriebsverhältnisse der Marinewerften Berücksichtigung finden,

wenn die Termine für die Fertigstellung der Fahrzeuge festgelegt werden. Möge es dem Minister gelingen, die Verhältnisse in der Marine so zu gestalten, daß auch die stärkste Partei dieses Hauses einigermassen mit ihnen zufrieden sein kann. (Lebhafter Beifall bei den Soz.)

Reichswehrminister Gehler:

Die größten Schwierigkeiten des Erziehungswertes sind nach meiner Ueberzeugung überwunden. Die Marine soll nicht eine Modell- und Exerziermarine sein, sondern dazu erzogen werden, ihre ernststen und schwersten Aufgaben zu erfüllen. Es herrscht bei ihr wieder ein Geist, der dem deutschen Volke Ehre macht. In Mürow waren die Schwierigkeiten groß, aber es ist energisch durchgegriffen worden. Wir müssen alles tun, um Wehrmacht und Arbeiterschaft zusammenzuführen. Die Wehrmacht dient keiner Partei, sondern dem ganzen Volke. Soldaten und Offiziere sind verpflichtet, sich im öffentlichen Leben größter Zurückhaltung zu befleißigen. Gegen die Mishandlungen schreiben wir energisch ein, und auch derjenige, der sie sich gefallen läßt, hat das gleiche zu erwarten. Berechtigten Klagen der Arbeiter werde ich stets entgegenkommen. Mit Pistolen, die von den Marineoffizieren außer Dienst geführt werden, hat die Verwaltung nichts zu schaffen. Es sind unerlaubte Waffen, die sich im Privatbesitz der Leute befinden.

Damit schließt die allgemeine Besprechung. Generaloberarzt Schulz bemerkt, daß die Selbstmorde im Heere im Jahre 1921/22 nicht 1,8, sondern 1,1 pro Tausend betragen.

Der Etat wird bewilligt und die Anträge auf Erreichung der Forderungen für Neubauten abgelehnt.

Beim Haushaltsetat des Wiederaufbauministeriums wird ebenfalls eine Entschädigung, die Kürzung der Kosten für Auslandsvertretungen fordert, angenommen. Der Etat wird ohne Debatte verabschiedet.

Nächste Sitzung: Donnerstag 2 Uhr. — Schluß 4 Uhr.

Der preussische Domänenetat.

Nach rascher Erledigung einiger kleinerer Vorlagen befaßte sich der Preussische Landtag in seiner heutigen Sitzung zunächst mit der Beratung der Mitteilungen des Ministerpräsidenten und des Ministers des Innern betreffend die Anrufung des Staatsgerichtshofs durch den Staatsrat zur Entscheidung über seine verfassungsmäßigen Rechte.

Der deutschnationalen Abgeordnete Regenborn verlangt, man solle zunächst die Entscheidung durch den Staatsgerichtshof abwarten, da aus den Verhandlungen im Verfassungsausschuß, an welchen die Sozialdemokraten die Frage verwiesen haben wollten, doch nichts anderes als Wiederholungen herauskämen.

Gegen diese Auffassung sprach Genosse Dr. Bahl. Der Landtag habe die Aufgabe, in dieser Frage mit Partei zu ergreifen, da die Frage für ihn von großer Wichtigkeit sei. Der Landtag dürfe sich bei dieser wichtigeren Sache nicht vorgreifen lassen.

Abg. Meyer-Dipprehen (Komm.) schließt sich dem sozialdemokratischen Vorschlag auf Ueberweisung an den Verfassungsausschuß an. Der Antrag auf Ueberweisung an den Verfassungsausschuß wurde angenommen.

Nach Erledigung des sozialdemokratischen Antrags über die Anrufung des Staatsgerichtshofs durch den Staatsrat trat der Preussische Landtag in die zweite Beratung des

Domänenhaushalts

ein. Nach dem Berichterstatter erhält Abg. Klausner (Soz.) das Wort: Die unsinnige Heraufschraubung des Preises für das Umlagegetreide um 600 000 M. für die Tonne ist ein schlechter Beweis für die angebliche Opferbereitschaft der Landwirtschaft. Man gibt mit der einen Hand und mit der anderen nimmt man. Der neue, Umlagepreis geht weit über die Produktionskosten hinaus. Auch der Reichsregierung scheint der neue Preis etwas unheimlich zu sein und deshalb findet die „Deutsche Tageszeitung“ es bereits für angebracht, die Reichsregierung zu warnen, so nicht von den neuen Preisen abzurufen. Das Jögern der Reichsregierung zeigt deutlich, daß die Opferwilligkeit der Landwirtschaft eine etwas eigenartige Sache ist. Das Brot soll auf 2000 M. kommen. Der Zentner Kartoffeln kostet im Ruhrgebiet vielleicht 8000 M.

Das sind Wucherpreise für die Ruhrarbeiterschaft.

Man redet viel von der Notwendigkeit der Produktionssteigerung durch Stickstoff. Da der Kunststickstoff die Grundbasis unserer landwirtschaftlichen Produktion ist, streift das Verfahren des Anilinzyklus, für fünf Millionen Franken die Stickstoffpatente an Frankreich zu verkaufen, stark an Landesverrat. Die Herren von rechts reden soviel von der Einheitsfront, aber in ihrer Presse, z. B. im Organ des „Brandenburgischen Landbundes“, wird Krieg und Umsturz der Deutschen Republik gepredigt und gegen die sozialdemokratische Arbeiterschaft in schmutzigster Weise gehetzt.

Die Pachtpreise sind nach immer viel zu niedrig im Verhältnis zu den Gewinnen, die aus dem gepacketen Land gezogen werden. 45 M. pro Hektar z. B. — das bedeutet einfach

Verwendung des Volksoermögens.

Man vergleiche ferner die Pacht mit der Unterpacht und man wird sofort sehen, wie die Gewinne einheimst werden. Da haben wir z. B. Domänen in Königsberg, da kostet die Pacht pro Hektar 80 M., die Unterpacht 1148 M. In Stralsund die Pacht 68 M., die Unterpacht 761 M. Das sind nur ein paar schnell herausgegriffene Beispiele. Diese Dinge müßten Schieber und Wucherer dazu anregen, Land zu pachten, weiter zu verpachten und so ohne Arbeit große Gewinne einzubehalten. Wir sind bereit, dem Landwirtschaftsministerium Einzelheiten, Zahlen und Namen unserer Kritik mitzuteilen.

Auch in der Siedlungsfrage liegen die Dinge recht im argen. Wir finden, daß man allzu bereit Land zu Siedlungszwecken abgibt. Dazu kommt noch, daß die Siedlungsgesellschaften immer nur einen Teil wirklich der Siedlung zuführen, der Rest wird mit Gewinn weiter veräußert. Das bedeutet nur eine

Verkleinerung des Domänenbesitzes.

Die Einstellung des Ministers zur Siedlungsfrage scheint uns nicht immer die richtige zu sein. Es wird viel zu wenig der Groß-

grundbesitz herangezogen. Das ist aber nicht der Zweck des Siedlungsgesetzes. Nach dem § 2 des Reichs-Siedlungsgesetzes sollen Domänen nur insoweit herangezogen werden, soweit sie nicht für die Förderung des landwirtschaftlichen Unterrichtes und der landwirtschaftlichen Musterwirtschaft notwendig sind. Wir wünschen, daß die Domänen in erster Linie Mustergründe werden.

Das finanzielle Ergebnis der Domänenbewirtschaftung zeigt, daß vor allem die Selbstbewirtschaftung großen Erfolg aufzuweisen hat. Die Selbstbewirtschaftung bringt dreifach soviel ein als die Verpachtung. Aber für uns ist das finanzielle Ergebnis nicht einmal allein ausschlaggebend. Wir sehen auf den volkswirtschaftlichen Erfolg im ganzen. Und hier müssen wir mit Nachdruck hervorheben, daß ein Minister, der die Selbstbewirtschaftung der Domänen kräftig fördert, ein starkes produktionspropagandistisches und marktreulierendes Instrument in der Hand hätte. Die Erfolge der Selbstbewirtschaftung werden nicht genügend gewürdigt. Das paßt den kapitalistisch eingestellten Parteien nicht in den Kram. Es muß das Ziel des Staates sein, einen starken und gutgepflegten Domänenbesitz in der Hand zu haben. Das bedeutet für die sachliche Ausbildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses und für die Entfaltung der landwirtschaftlichen Produktion außerordentlich viel. Mit Hilfe der Domänenwirtschaft könnte der Landwirtschaftsminister zu seinem Teil recht viel zur Unterstützung des Kampfes gegen den Wucher beitragen. Er kann vorbildliche Relationen zwischen Produktionskosten und Preisen schaffen. Und das wäre schon etwas im Kampf gegen den Lebensmittelmucher. Ein Minister, der so in unserem Sinne die Ausgestaltung der Domänenwirtschaft betreibt, wird die volle Unterstützung der arbeitenden Massen haben. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schmelzer (Z.) befürchtet, daß das Drängen der Linken auf Erhöhung der Pachtpreise auch die bäuerlichen Pachtsätze hochtreibe. Wenn die Neuerpachtung durch öffentliches Ausschreiben erfolgen sollte, so sei das gutzuheißen. Der Domänenetat müsse leider zu einer Hege gegen die Landwirtschaft herhalten. Man schimpfe auf den neuen Umlagepreis, man verschweige aber, daß die Pachtpreise auf 680 000 M. festgesetzt sind. Man vergesse ferner, daß die Preise für Kleidung, Wäsche, Schuhe und dergleichen eine lurchebare Höhe erreicht haben.

Abg. Dr. Krüger (Din.) erklärt: Die Selbstbewirtschaftung der Domänen sei eine überlebte Sache.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf

hofft, daß durch das Ausscheiden des Geschäftsführers des Domänenpächterverbandes das Vertrauensverhältnis zwischen Regierung und Domänenpächtern wieder hergestellt ist. Dieses Vertrauensverhältnis könne allerdings nicht gleichbedeutend sein mit einer besonderen Bevorzugung der Domänenpächter. (Sehr richtig!) Erfreulicherweise erklären sich täglich mehr Pächter mit der neuen Berechnung der Pachtpreise einverstanden. Daß die Preise angemessen sind, zeigt ein Vergleich mit den Preisen aus den öffentlichen Versteigerungen. (Widerspruch bei den Deutschnationalen.) Jetzt wird verlangt, für die laufenden Beträge 60 Proz. des Friedenspachtwertes, für Östpreußen 50 Proz. hinzu kommt, daß, solange eine Umlage besteht, der Wert der Roggenpacht abgezogen wird nach den Umlagepreisen. Das ist ein weites Entgegenkommen. Gegenüber dem Einwand, die Zugrundelegung eines Prozentsatzes sei ein zu starres System, betone ich, daß die verschiedene Bewertung schon dadurch zum Ausdruck gelangt, daß bei der ursprünglichen Verpachtung verschiedene Pachtpreise erzielt wurden. Die Pächter haben ihr Gebot abgegeben nach der Beschaffenheit der Domänen. Bei Differenzen kann das Pachteinigungsamt angezogen werden. Auch steht der Rechtsweg offen. Bei der Berechnungsart wird bei Neuerpachtungen der Ploggen und der Weizen zugrunde gelegt. Die Kartoffeln sind nicht berücksichtigt, weil sie zu verschiedenartig bewertet werden.

Abg. Stendel (D. Sp.) lehnt die Selbstbewirtschaftung der Domänen ab und spricht dann über die neue Verpachtungsart nach Roggenzentnern pro Morgen. Die

Kultivierung der Oestländereien

müsse kräftiger in Angriff genommen werden; denn es handle sich im ganzen um zwei Millionen Hektar Staatsöstländereien.

Staatssekretär Ramm erklärt, für die Kultivierung der fiskalischen Moore habe man schwere Millionenopfer gebracht. Das Ministerium habe die Aufgabe, von diesen Aufwendungen möglichst viel wieder hereinzubringen. Unkultiviert könne man das Gelände natürlich nicht in die Hand der Moorbauern geben. Kultur auf den Hochmooren zur Hebung der Volksernährung werde nicht viel Erfolg haben.

Nach weiteren Ausführungen der Abg. Schutz-Neufuß (Komm.) und Wachhoff de Wente (Dem.) verlegt sich das Haus auf Donnerstag 12 Uhr: Weiterberatung des Domänenetats.

Wetter bis Freitag mittag. Mild, zeitweise heiler, veränderlich, im Westen meist verbreitete, im Osten vereinzelte Regenschauer bei frühen südwestlichen Winden.



Regelmässige Verbindung

von Bremen über Southampton, Cherbourg nach New York durch die prachtvollen amerikanischen Regierungsdampfer

NÄCHSTE ABFAHRTEN:

President Arthur	7. März	11. April
President Fillmore	14. März	18. April
President Harding	21. März	25. April
George Washington	28. März	2. Mai
President Roosevelt	4. April	9. Mai

Abfahrt von Southampton und Cherbourg 1 Tag später
Verlangen Sie Prospekte und Segelpläne Nr. 63

UNITED STATES LINES

BERLIN: W 8, Unter den Linden 1;
NW 40, Invalidenstr. 93; W 9, Budapeststr. 5
General-Vertriebung: Norddeutscher Lloyd, Bremen

Sie husten nun schon wochenlang

und haben immer noch nicht das richtige Mittel dagegen gefunden. Sie raten Ihnen, aus 10 Gramm echtem Fagot-Extrakt durch Aufkochen mit 70 g. Zucker und 1/2 l. Wasser eine Praline, prompt wirkende Brustmischung herzustellen. Dieser Fagot-Extrakt ist sicher erhältlich in allen Apotheken.

Er raucht Batschari,
er ist Qualitätstraucher!

